

Warum ist Litauen im Memelgebiet gescheitert?

-Strukturfehler -

Helmut Jenkis

Der litauische Historiker Vytautas Žalys (1956 in Klaipėda/Memel geboren) hat anlässlich der 440. Wiederkehr der Gründung der Stadt Memel im Rahmen eines internationalen wissenschaftlichen Kolloquiums am 29. Juli 1992 in Klaipėda/Memel einen Vortrag gehalten, in dem bisher unveröffentlichte Akten für den Zeitraum 1923 bis 1939 ausgewertet wurden. Auf einer deutsch-litauischen Historikertagung in der Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde hat er die Fragestellung nach dem Scheitern Litauens im Memelgebiet vertieft.¹ Der aus Memel stammende Historiker Karl-Heinz Ruffmann hat die deutsche Fassung dieses Vortrages redaktionell bearbeitet, die mit Unterstützung des Bundesministeriums des Inneren in Bonn in deutscher und litauischer Sprache veröffentlicht wurde.²

Ziel dieses Beitrages ist, die Unterschiede zwischen der Strategie und Taktik herauszuarbeiten. Unter Strategie kann man den Entwurf eines Gesamtkonzeptes verstehen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Dagegen befasst sich die Taktik mit den Einzelschritten des Gesamtkonzeptes. Strategische Ziele sind langfristig, taktisches Handeln kurzfristig angelegt.

Das strategische (langfristige) Ziel des Deutschen Reiches bestand bereits seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages darin, diesen schrittweise auszuhebeln. Das galt für die Reparationen, die Räumung des Rheinlandes, die Wiedervereinigung mit den abgetrennten Gebieten, dazu gehörte auch das Memelgebiet. Entgegen der litauischen Auffassung war die Wiedervereinigung mit dem Memelgebiet keine Erfindung der Nationalsozialisten oder von Hitler, sondern eine permanente Zielsetzung, die allerdings mit unterschiedlicher Intensität politisch verfolgt wurde.

¹ Die geographischen Begriffe „Memelgebiet“ bzw. „Memelland“ werden unterschiedlich gebraucht. Wir neigen zum Begriff „Memelgebiet“, müssen allerdings zugeben, dass die Einwohner Memelländer genannt werden. Wir werden beide Begriffe synonym verwenden.

² Vytautas Žalys: Ringen um Identität. Warum Litauen zwischen 1923-1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte / Kodėl Lietuvai nesisekė Klaipėdoje tarp 1923-1939. Lüneburg: Nordost-Institut 1993 (dt. u. lit.). Es ist bedauerlich, dass die deutsche Version des Vortrages unzulänglich ediert wurde, denn es fehlt jede Gliederung und systematische zeitliche oder sachliche Aufbereitung des Textes.

Die Republik Litauen verfolgte unmittelbar nach der Staatsgründung von 1918 das Ziel, ihr Staatsgebiet und ihre Staatsmacht zu konsolidieren. Die Entente hat erst am 20. Dezember 1922 die Republik de jure anerkannt. Litauen hat einen Zwei-Fronten-Krieg geführt: Gegen Polen um das Wilnagebiet und mit Deutschland um das Memelgebiet, denn von Anfang hat Litauen nach 1923 versucht, es vollständig in den litauischen Staat zu integrieren. Diesen strategischen Zielen waren die taktischen Maßnahmen untergeordnet.

Sowohl das Deutsche Reich als auch die Republik Litauen haben versucht, den Versailler Vertrag bzw. die Auflage der Botschaftskonferenz - Autonomie des Memelgebietes - mit taktischen Maßnahmen auszuhebeln, um das jeweilige strategische Ziel zu erreichen.

Bei der Unterscheidung von Strategie und Taktik muss man sich bewusst bleiben, dass man theoretisch und mit einem zeitlichen Abstand von Jahrzehnten derartige begriffliche Grenzziehungen vornehmen kann. Im politischen Tagesgeschäft ist dieses nicht immer möglich. Unabhängig davon gibt es zwischen den langfristigen und kurzfristigen Zielen Überschneidungen, die nicht einwandfrei getrennt werden können.

Trotz dieser Abgrenzungsprobleme gibt es Anzeichen dafür, dass sowohl Deutschland als auch Litauen nach 1919 bzw. 1923 die taktischen Maßnahmen dem jeweiligen strategischen Ziel unterordneten.

I. Das strategische Konzept des Versailler Friedensvertrages

Bereits im Versailler Friedensvertrag ist ein strategisches (langfristiges) Konzept angelegt: Die Alliierten und Assoziierten Mächte verfolgten das Ziel, nicht nur die alleinige Kriegsschuld, sondern auch die Reparationen Deutschland aufzubürden, den deutschen Militarismus auf Dauer zu bändigen und durch Gebietsabtretungen das ökonomische Potenzial zu schwächen. Die jungen Staaten meldeten ihre Gebietsansprüche an und beteiligten sich an der Fledderei des Deutschen Reiches. Dabei ist zwischen den erklärten Kriegszielen - zum Beispiel Räumung Belgiens und Elsass-Lothringens, Wiederherstellung des Staates Polen - und den Ansprüchen der neu gebildeten Staaten - wozu auch Litauen gehörte - zu unterscheiden. Gornig stellt fest:

*„Von einer Abtretung des Memelgebietes war nicht die Rede. Auch forderte er (Wilson) nicht freien Zugang zum Meer für Litauen“.*³

Sowohl Frankreich als auch die junge Republik Litauen haben sich aus unterschiedlichen Motiven, aber gleichgerichtet, für die Abtretung des Memelgebietes vom Reich ausgesprochen und entschieden. Es war ein Element der

³ Gilbert H. Gornig: Das Memelland. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung. Bonn 1991. S. 27.

strategischen Ziele. Im Notenwechsel zwischen der Reichsregierung und der Regierung der USA wurde im Vorfriedensvertrag festgelegt, dass Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Botschaft von Präsident Wilson vom 8. Januar 1918 verkündeten Vierzehn Punkten erfolgen sollten. Diese hehren Prinzipien wurden in Versailles nicht immer beachtet. Unausgesprochen enthält der Versailler Friedensvertrag strategische Überlegungen und Ziele, die später mit taktischen Maßnahmen unterfüttert wurden.

1. Die Eröffnung der Friedensverhandlungen in Versailles

Das Deutsche Reich ging davon aus, dass die Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Vorfriedensvertrages - insbesondere den Vierzehn Wilson'schen Punkten - erfolgen würden.⁴ Diese Annahme wurde bei der Übergabe der Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 durch die einleitenden Ausführungen des Französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau (1841 - 1929) zerstört:

*„Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches! Es ist hier weder der Ort noch die Stunde der überflüssigen Worte. ... Die Stunde der Abrechnung ist da: Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. ... Es wird keine mündliche Verhandlung geben, und die Bemerkungen werden schriftlich vorgebracht werden müssen. Die deutschen Bevollmächtigten haben eine vierzehntägige Frist, um in französischer und englischer Sprache ihre schriftlichen Bemerkungen über die Gesamtheit des Vertrages zu überreichen“.*⁵

Der Leiter der Deutschen Friedensdelegation, Ulrich Graf Brockdorff-Ranzau (1869-1928) hatte drei Texte als Antwort vorbereitet: Eine milde, eine mittlere und eine scharfe Rede - er wählte die letztere, blieb sitzen und stand nicht wie ein Angeklagter auf:

*„... Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist; wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Überwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen sollen“.*⁶

Wir erachten es als unerlässlich, die Atmosphäre der Eröffnung der Versailler Friedensverhandlungen zu skizzieren, weil die Abtretung des Memelgebietes

⁴ Klaus Schwabe, Hrsg.: Quellen zum Friedensschluss von Versailles, in: Ausgewählte Quellen zur Deutschen Geschichte der Neuzeit. Bd. XXX, Darmstadt 1997. S. 54-61

⁵ Ebenda, S. 242

⁶ Ebenda, S. 243-246, insbesondere S. 243

und die Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sonst nicht verständlich sind.

2. Die Friedensbedingungen: Abtretung des Memelgebietes⁷

Am 7. Mai 1919 wurde der deutschen Friedensdelegation die Friedensbedingungen übergeben. Diese enthielten die Abtretung des Memelgebietes, was in den Botschaften von Wilson nicht erwähnt worden war. Die deutsche Friedensdelegation hat in ihren Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 die Abtretung des Memelgebietes zurückgewiesen und dieses wie folgt begründet:

„In Art. 99 wird die Lostrennung eines die Kreise Memel, Heydekrug sowie Teile der Kreise Tilsit und Ragnit umfassenden Gebietsstreifens im Norden der Provinz Ostpreußen gefordert. Die Bewohner dieses Gebietes einschließlich derer, die das Litauische als Muttersprache sprechen, haben die Lostrennung von Deutschland niemals gewünscht. Sie haben sich jederzeit als treuer Bestandteil der deutschen Volksgemeinschaft bewährt. Was die sprachlichen Verhältnisse in jenen Gebieten betrifft, so weist nach der Volkszählung von 1910 nur der Kreis Heydekrug mit 53 v. H. Litauisch sprechender Bewohner eine kleine, nicht Deutsch sprechende Mehrheit auf. Im Kreise Memel sprechen nur 44 v. H., im Kreise Tilsit 23 v. H. und im Kreise Ragnit nur 12 v. H. das Litauische als Muttersprache. Das ganze Gebiet ist auch der Zahl nach der Einwohner überwiegend deutsch; etwa 68.000 Deutschen stehen nur etwa 54.000 Litauisch sprechende Bewohner gegenüber. Insbesondere ist Memel eine rein deutsche Stadt; sie ist im Jahre 1252 von Deutschen gegründet und hat in ihrer ganzen Geschichte niemals zu Polen oder zu Litauen gehört; ebenso wie im Süden ist auch hier die ostpreußische Grenze seit dem Jahre 1422 unverändert geblieben. Dabei muß bemerkt werden, daß auch die das Litauische als Muttersprache sprechenden Bewohner dieses Gebietes fast durchweg des Deutschen vollkommen mächtig sind und sich dieser Sprache sogar untereinander regelmäßig bedienen. Eine Bewegung zum Anschluß an die litauische Bewohnerschaft des früheren russischen Reiches ist auch hier, abgesehen von einer kleinen, nicht ins Gewicht fallenden Gruppe, nicht vorhanden, umso weniger, als die im früheren russischen Reiche wohnende litauische Bevölkerung katholisch, die des deutschen Gebietes aber protestantisch ist. Die Abtretung dieses Gebietes muß die Deutsche Regierung daher ablehnen.“⁸

⁷ Wir folgen Gornig, S. 31-34 sowie S. 144-145 (Dokumente).

⁸ Ebenda, S. 149 f.

Bei der deutschen Antwort ist zwischen dem Inhalt und den sprachlichen Formulierungen zu unterscheiden. Es werden sachlich die Gründe angeführt, die gegen eine Abtretung des Memelgebietes sprechen, sprachlich handelt es sich um einen trockenen Kanzleistil, der übersetzt ins Französische und Englische die Alliierten kaum überzeugen haben dürfte. Die deutsche Friedensdelegation hat offensichtlich nicht die Chance wahrgenommen, ihr Anliegen werbewirksam vorzutragen. Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben am 16. Juni 1919 in apodiktischer Form geantwortet:

„Memel: Die Alliierten und Assoziierten Mächte weigern sich, zuzugeben, daß die Abtretung des Gebietes Memel den Nationalitätenprinzip entgegen gesetzt sei. Das fragliche Gebiet ist immer litauisch gewesen, die Mehrheit der Bevölkerung ist nach Ursprung der Sprache litauisch. Die Tatsache, daß die Stadt Memel selbst zu einem großen Teil deutsch ist, würde in keiner Weise das Verbleiben des ganzen Gebietes unter deutscher Hoheit rechtfertigen, insbesondere deswegen nicht, weil der Memeler Hafen Litauens einziger Ausgang zur See ist. Es ist bestimmt worden, daß Memel und das benachbarte Gebiet den Alliierten und Assoziierten Mächten überlassen werden, weil die Rechtsverhältnisse der litauischen Territorien noch nicht bestimmt sind.“⁹

Zwischen den deutschen Gegenvorschlägen zum Entwurf des Friedensvertrages und der Antwort der Alliierten Mächte bestehen sowohl sprachlich als auch inhaltlich große Unterschiede. Diese sollen in der folgenden Analyse herausgearbeitet werden.

3. Analyse der Antwort der Alliierten Mächte

Die Alliierten Mächte weigern sich zuzugeben, dass die Abtretung des Gebietes Memel gegen das Nationalitätenprinzip verstößt. Wenn jemand sich weigert in eine sachliche Diskussion einzutreten, dann spielt er seine Machtposition aus. An die Stelle einer Erörterung der deutschen Gegenargumente wird auf den verschwommenen Begriff des Nationalitätenprinzips verwiesen. Diese Formulierung kann nur bedeuten, dass das deutsche Nationalitätenprinzip nicht verletzt würde, weil das Gebiet ‚immer litauisch gewesen‘ ist und nach dem Ursprung der Sprache litauisch war. Was verstehen die Alliierten unter Nationalitätenprinzip? Offensichtlich die Sprachgemeinschaft, aus der sich die Volksgemeinschaft und schließlich die Nation und der Staat ergeben. Durch die Abtretung erfolgt eine Vereinigung der litauisch sprechenden Memelländer mit dem litauischen Mutterland, damit wird das (litauische) Nationalitätenprinzip realisiert. Dieses ist aber offensichtlich nicht gelungen, denn das

⁹ Ebenda, S. 150.

Memelgebiet erhielt den Autonomiestatus mit eigenem Landtag, Direktorium, Gesetzgebung usw. und nahm somit in der Republik Litauen eine Sonderstellung ein. Damit haben die Alliierten Mächte selbst ihr Ziel, einen litauischen Nationalstaat zu schaffen, nicht erreicht.

Aus der Diktion der Antwort der Alliierten gewinnt man den Eindruck, dass es keinen Raum für Diskussionen gibt. *Roma locuta est, causa finita est* (Rom hat gesprochen, die Sache ist erledigt). Die französische Version kann man leicht abwandeln: *Versailles (Rome) a parlé, l' affaire est terminée*. Zugleich kommt zum Ausdruck, dass die Alliierten Mächte als Sieger die Macht haben zu bestimmen, wie verfahren wird und ob eine Diskussion folgen soll. Die Behauptungen der Alliierten Mächte bedürfen einer eingehenden kritischen Prüfung.

(1) Selbstbestimmungsrecht der Memelländer

Das Prinzip des Nationalstaates war nur dann realisierbar, wenn die Bevölkerung in einem Referendum ausdrücken konnte, ob sie bei Deutschland bleiben oder zu Litauen wechseln wollte. Die Wahlergebnisse zum Memelländischen Landtag belegen, dass die große Mehrheit - über 80 % - für Deutschland votierten. Offensichtlich haben sowohl die Alliierten als auch Litauen eine Volksabstimmung bewusst vermieden, weil dann ihre politischen Ziele durchkreuzt worden wären.¹⁰

(2) Gehörte das Memelgebiet immer zu Litauen?

Diese Behauptung ist historisch in mehrfacher Hinsicht unzutreffend. Die deutsche Friedensdelegation hat in ihrer Antwort dargelegt, dass das Memelgebiet seit dem Frieden von Melnosee (1422) weder zu Polen noch zu Litauen gehörte, es war eine der stabilsten Grenzen in Europa. Diese Behauptung ist auch deshalb unzutreffend, weil es nach der dritten Teilung Polens 1795 keinen (nationallitauischen) Staat gab, das Gebiet der späteren Republik Litauen gehörte zu Russland.

(3) Die litauische Sprache

Die Alliierten setzten sich nicht mit dem von der deutschen Friedensdelegation genannten Sprachproblem auseinander, das heißt, dass die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung neben Litauisch die deutsche Sprache beherrschte. Selbst wenn dieser Aspekt vernachlässigt wird: Wie konnten die Alliierten in Versailles mehr als drei Millionen Sudetendeutsche und die Südtiroler trotz ihrer deutschen Sprache der neu formierten Tschechoslowakei bzw. Italien zuordnen? Wurde das Sprachproblem nur dort angewandt, wo es politisch opportun war und dann negiert, wenn es in das politische Konzept nicht pass-

¹⁰ Zur Problematik des Selbstbestimmungsrechtes siehe Jörg Fisch: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion. München 2010.

te? Das Sprachenproblem ist für das Memelgebiet kein überzeugendes Argument, um das Gebiet abzutrennen und letztlich mit Litauen zu vereinen.

(4) Litauens Zugang zur Ostsee

In der kurzen Antwort der Alliierten Mächte wird darauf hingewiesen, dass der Memeler Hafen der einzige Zugang Litauens zur Ostsee ist. Hierauf soll ausführlicher eingegangen werden: Es trifft zu, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus ökonomischen Gründen viele Staaten Zugang zum Meer anstreben, dieses war Polen ausdrücklich zugesagt worden. Dabei wird aber übersehen, dass es nicht nur in Europa ‚Binnenstaaten‘ gab und auch heute noch gibt. Das gilt für Luxemburg, die Schweiz, Österreich, Ungarn und die neu gebildete Tschechoslowakei (jetzt: Tschechien und Slowakei), abgesehen von den Kleinstaaten Liechtenstein, Vatikan-Stadt, San Marino und Andorra. Gegenüber dem Einwand, dass die großen Binnenstaaten durch Flüsse - Donau, Rhein bzw. Elbe - Meereszugang haben, kann darauf hingewiesen werden, dass sowohl Litauen als auch Polen durch den Memelfluss und die Hafenstadt Memel Zugang zur Ostsee hatten.

Im Übrigen erklärte „Deutschland sich allerdings bereit, Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel freien und sicheren Zugang zum Meere unter internationaler Garantie zu gewähren“.¹¹

(5) Litauen als Destinatär des Memelgebietes

Im letzten Absatz der Antwort der Alliierten Mächte heißt es: „Es ist bestimmt worden, daß ...“. Mit dieser Wortwahl wird nochmals dokumentiert, dass nur die Alliierten Mächte bindende Entscheidungen treffen können (Versailles a parlé, l'affaire est terminée).

Diese haben bestimmt, dass das Memelgebiet (vorübergehend) den Alliierten - vertreten durch Frankreich - überlassen wird, weil die Rechtsverhältnisse des litauischen Staates noch nicht geklärt sind. Die Alliierten fungieren als eine Art Treuhänder, Litauen hatte eine Anwartschaft auf den Erwerb des Memelgebietes, aber der Völkerbund legte die Bedingungen fest, wann die Souveränität übertragen werden sollte (das ist der Ursprung des Autonomiestatuts). Wenn man die deutschen Gegenvorschläge zum Entwurf des Friedensvertrages mit der apodiktischen Antwort der Alliierten vergleicht, dann werden die Un-

¹¹ Schwabe, S. 280. Offensichtlich hat die deutsche Friedensdelegation deshalb Polen (und nicht Litauen) genannt, weil erstens im Frühjahr 1919 die Republik Litauen noch nicht konsolidiert war und zum zweiten ging man davon aus, dass die Polnisch-Litauische Union wieder hergestellt würde. Nach der Rückgliederung des Memelgebietes 1939 wurde zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen ein Freihafen-Vertrag geschlossen (dazu siehe auch Gornig, S. 245-251).

terschiede deutlich, das gilt sowohl für die Wortwahl als auch für den Inhalt. Diese Unterschiede dokumentieren, dass es keine Friedensverhandlungen waren, vielmehr um einen ‚Siegfrieden‘ handelte.

II. Die soziologischen Unterschiede als Strukturfehler

In den Gegenvorschlägen der deutschen Friedensdelegationen werden sowohl die sprachlichen als auch die konfessionellen Unterschiede zwischen den Memelländern und den Litauern aufgezeigt, die die Alliierten nicht beachteten. Vorangestellt werden die Aussagen des Pfarrers Dr. Wilhelm Gaigalat aus dem Jahr 1915, dann kurz die ‚Adlon-Rede‘ des späteren Präsidenten Smetona und der Bericht der Sonderkommission der Botschafterkonferenz, den Abschluss bildet das Sprachenproblem.

1. Das Bekenntnis von Pfarrer Dr. Gaigalat von 1915

Wilhelm Gaigalat war ein typischer Memelländer: Er erhielt seine theologische Ausbildung vornehmlich in Königsberg; er sprach und predigte in deutscher und litauischer Sprache. Pfarrer Dr. Wilhelm Gaigalat (1870-1945) war nach seinem theologischen Studium als Pfarrer tätig und von 1903 bis 1918 Abgeordneter im Haus der Abgeordneten in Berlin. In dieser Eigenschaft hat er sich nicht zu grundsätzlichen politischen Fragen - insbesondere dem Verhältnis zwischen den Deutschen und Preußisch-Litauern - geäußert. 1915 ist er in seiner Schrift „Die litauisch-baltische Frage“ nachdrücklich für die Zugehörigkeit der Preußisch-Litauer zu Preußen eingetreten. In dieser Schrift führt Gaigalat wörtlich aus:

„Die Befürchtung daß die preußischen Litauer sich einem derartigen litauischen Staatsgebilde würden anschließen wünschen, ist völlig unbegründet. Die Preußischen Litauer haben - das ist jedem Kenner dieses Volkestammes ganz klar - nicht die mindeste Lust, einem anderen Staate, einer anderen Verwaltung, als gerade der preußisch-deutschen anzugehören. Sie leben in gutem Wohlstand, sind dankbar für die nutzbringende Fürsorge des preußischen Staates und würden ihre gegenwärtige, hochentwickelte wirtschaftliche Lage nimmer gegen eine zweifelhafte Zukunft eintauschen wollen. Auch ist die preußisch-litauische Bevölkerung in dem von ihr bewohnten Gebiet so stark von Deutschen durchsetzt, daß sie nur in den nördlichsten Kreisen Memel und Heydekrug etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen dürfte. Es ist auch für alle Zukunft, wenn ein litauisches Staatswesen an der preußisch-litauischen Grenze gebildet würde, nicht anzunehmen, daß irgendwelche Bestrebungen, die im deutschen Interesse unerwünscht wären, sich geltend machen würden.“

*Die Litauer wissen, was sie an Preußen haben und mit welcher Fürsorge sie behandelt werden, wenn sie auch zum Teil bezüglich der Erhaltung ihrer Sprache etwas weitergehende Wünsche haben, als ihnen bisher zugebilligt worden ist. Ihr Nationalgefühl ist bei weitem nicht in dem Maße geweckt, wie bei vielen anderen Völkerschaften in ähnlicher Lage. Der russische Litauer ist bei seinem Stammesgenossen wenig geachtet und seine Wirtschaftsführung in den Grenzgebieten wird nicht geschätzt. Außerdem, und das fällt besonders ins Gewicht, bekennen die preußischen Litauer den evangelisch-lutherischen Glauben, während die russischen in ihrer großen Mehrheit römisch-katholisch sind. Die beiderseitige Sprache ist dialektisch verschieden und vollends die Schriftsprache der russischen ist unseren Litauern nur sehr schwer verständlich. Kultur und Sitten weichen stark voneinander ab. Es besteht überhaupt kein Verkehr, weder nationaler noch wirtschaftlicher Art zwischen den beiden litauischen Grenznachbarn, sie sind einander fast fremd. Aus diesen Gründen sind etwaige Bestrebungen, eine Annäherung oder besonders gegenseitige Sympathien den Litauern beider Länder zu wecken, für die Zukunft nicht zu erwarten oder als völlig aussichtslos anzusehen.*¹²

Dieses Zitat dürfte die beste soziologische Analyse des Verhältnisses zwischen den preußischen und den russischen Litauern sein, allein die Bezeichnung der im Memelgebiet lebenden Litauer nicht als ‚Klein-Litauer‘, sondern als ‚preußische Litauer‘ (und russische Litauer) spricht für eine klare begriffliche Unterscheidung. Man kann vermuten, dass, wenn die deutsche Friedensdelegation dieses Zitat vorgetragen hätte, möglicherweise Gaigalats Thesen und deren Begründung einen stärkeren Eindruck als die im Kanzleistil dargelegten Argumente gehabt hätten. Allerdings ist Gaigalat 1918/19 zum Litauertum konvertiert und hat sogar die volle Integration des Memelgebietes in die litauische Republik gefordert.¹³

Die erste Landtagswahl am 19. Oktober 1925 hat Gaigalats Analyse von 1915 bestätigt.¹⁴ Auf die deutsche Liste entfielen 58.756 Stimmen (94%) = 27 Sitze, auf die litauische Liste 3.761 Stimmen (6%) = 2 Sitze von insgesamt 29 Sitzen. In den Wahlen bis 1938 hat die litauische Liste nicht mehr als 5 Sitze

¹² Wilhelm Gaigalat: Die litauisch-baltische Frage, Berlin 1915. S. 22 ff.

¹³ Da wir uns mit dieser Problematik ausgiebig beschäftigt haben, wird auf eine Wiederholung verzichtet. Siehe hierzu vom Verfasser: Die Wandlungen und Wanderungen des Pfarrers Dr. Wilhelm Gaigalat. In: Annaberger Annalen. 14.2006. S. 23-86.

¹⁴ Walter Schätzel: Das Reich und das Memelland - Das politische und völkerrechtliche Schicksal des deutschen Memellandes bis zu seiner Heimkehr, Berlin 1943, S. 167 bzw. 169.

errungen.¹⁵ Der litauische Ministerpräsident Voldemaras soll geschrieben haben: „Die Wahlen sind das erste deutliche Zeichen, daß das Gebiet gegen Litauen gerichtet ist und wieder zu Deutschland zurück will“.¹⁶

Dass die Sprache keine Grundlage für eine politische Entscheidung sein kann, hat der Präsident des Litauischen Landesrates (Taryba), Antanas Smetona (1871-1944) - der spätere Staatspräsident der Republik Litauen - in seiner ‚Adlon-Rede‘ am 13. November 1917 bekundet. Smetona wies darauf hin, dass Litauen sich seit 1569 in der Union mit Polen befand und polonisiert wurde, seit 1795 (der dritten Teilung Polens) gehörte Litauen zu Russland und wurde russifiziert. Es sei Litauen nicht gelungen, eine eigene Literatur in der eigenen Sprache zu schaffen, dennoch ließen die patriotischen litauischen Bojaren den nationalen Gedanken nicht verlöschen:

*„In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der Zeit der Romantik, verherrlichten sie die Vergangenheit Litauens, idealisierten die Vorzeit, die litauische Sprache, den litauischen Charakter, kurz gesagt, schrieben und sprachen polnisch, empfanden aber entschieden litauisch“.*¹⁷

Das, was Smetona für die polnisch sprechenden, aber litauisch denkenden Litauer feststellte, gilt offensichtlich auch für die litauisch sprechenden Memelländer: Ihre Umgangssprache war Litauisch (sie verstanden und sprachen auch Deutsch), aber sie dachten und wählten deutsch, preußisch oder memelländisch. Es ist bedauerlich, dass Vytautas Žalys diese Feststellung von Smetona nicht auf die Bewohner des Memelgebietes übertragen hat. Wenn er dieses getan und die erste Landtagswahl herangezogen hätte, dann wäre er zum Ergebnis gekommen, dass die litauische Einverleibung und der Versuch der Integration in den litauischen Staat nicht gelingen konnten.

2. Der Bericht an die Botschafterkonferenz von 1923

Ein weiterer Beleg dafür, dass die Memelländer nicht gewillt waren, dem litauischen Staat anzugehören, ist der Bericht der von der Botschafterkonferenz entsandten Sonderkommission vom 6. März 1923.¹⁸ Der Sonderkommission gehörten der Franzose Chlinchant, der Italiener Aloisi und der Brite Frey an, an der Abfassung des Berichtes waren weder Deutsche noch Litauer beteiligt.

¹⁵ Ebenda, S. 167. Zu Landtagswahlen 1925: „Trotzdem fanden sich nur 3.761 litauische Stimmen zusammen. Daraus ergibt sich, daß eigentlich nur die zugewanderten Litauer für die litauische List gestimmt haben müssen“.

¹⁶ Ebenda, S. 167.

¹⁷ A. Smetona: Die litauische Frage. Vortrag gehalten vor einer Versammlung deutscher Politiker im Hotel Adlon zu Berlin am 13. November 1917. S. 8 ff.

¹⁸ Der Bericht ist abgedruckt bei Gornig, S.177-184. Siehe auch Albrecht Rogge: Die Verfassung des Memelgebiets. Ein Kommentar zur Memelkonvention. Berlin 1928. S. 36-43.

Über das Verhältnis zwischen den Memelländern und den Russisch-Litauern stellt die Sonderkommission fest:

„Die Ostgrenze des Memelgebietes, die frühere rußisch-deutsche Grenze, stellt eine wirkliche Scheidung ohne Übergang zwischen zwei verschiedenen Zivilisationen dar. Mindestens ein Jahrhundert trennt sie voneinander. Es ist eine richtige Grenze zwischen West und Ost, zwischen Europa und Asien! Hier ist die Bildung soweit fortgeschritten, daß nicht einmal unter den Dorfbewohnern, von denen eine große Anzahl litauisch wie deutsch zugleich spricht, Analphabeten zu finden sind. Eine große Anzahl guterhaltener Wege verbindet die Dörfer untereinander. Die Gebäude sind wohlgebaut und bequem. Das Land wird nach den neuesten Methoden bearbeitet. Dort dagegen sind die Dorfbewohner verelendet; nur die im rußischen Heer gedienten Männer haben ein wenig rudimentäre Bildung genossen. Wege sind wenig oder überhaupt nicht vorhanden. Der Bauer, der das Land nicht zu säubern und zu düngen versteht, läßt es zwei Jahre brach liegen, bis er es neu bestellt. ... Die Bewohner Großlitauens sind Katholiken, dagegen sind die Bewohner des Memelgebietes Protestanten. Die litauische Sprache hat sich nicht in gleicher Weise dies- und jenseits der Grenze entwickelt.

Ein großer Teil der Litauer memelländischen Stammes fürchtet sich vor einem Anschluß an Litauen ohne genügende autonome Garantien, denn sie wissen ganz gut, was sie dann zu erwarten hätten: Heeresdienst, hohe Steuern, Verteuerung des Lebensunterhalts um 400%, zum Teil infolge der Einführung sehr hoher Zölle. Desorganisation des Wirtschaftslebens, Bestechungswesen und Günstlingswirtschaft, - Dinge, die allen Gebieten anhaften, die sich aus den Trümmern Rußlands gebildet haben.“¹⁹

Diese Charakterisierung der Memelländer und die der Litauer stimmt in Teilen mit der Antwort der deutschen Friedensdelegation überein, geht aber auch über sie hinaus. Obgleich in Versailles entschieden worden war, das Memelgebiet vom Deutschen Reich abzutrennen und diese Entscheidung nicht mehr korrigiert werden konnte, hat die Sonderkommission vorgeschlagen:

„In politische Hinsicht und im Interesse der Allgemeinheit wäre es letzten Endes besser, wenn Memel unter der Kontrolle eines vom Völkerbund ernannten Oberkommissars unabhängig bleiben würde. ..., so wäre nach Ansicht der Kommission die Konstituierung Memels als unabhängiger, von einem Oberkommissar beaufsichtigter Staat die bei weitem beste Lösung.“²⁰

¹⁹ Gornig, S. 179 ff.; Rogge, S. 38.

²⁰ Gornig, S. 181; Rogge, S. 41.

Es ist bemerkenswert, dass die Sonderkommission der Botschafterkonferenz für das Memelgebiet - nach dem Modell Danzig - die Bildung eines Freistaates vorschlägt, obgleich die Botschafter bereits am 15. Februar 1923 Litauen die Souveränität über das Memelgebiet an Litauen übertragen hatte.²¹ Das bedeutet, dass die Sonderkommission schwerwiegende Gründe gehabt haben muss, um der Botschafterkonferenz nachträglich eine abweichende Lösung vorzuschlagen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

3. Der Rückgang der litauischen Sprache im Memelgebiet

Wie weiter oben dargelegt, hat Graf Brockdorff-Rantzau in seiner Antwort vom 29. Mai 1919 an die Alliierten und Assoziierten Mächte dargelegt, dass selbst die Mehrzahl der preußischen Litauer der deutschen Sprache mächtig war. Faktisch gab es kein Sprachenproblem. Sowohl von deutscher als auch von litauischer Seite wird mit Statistiken operiert, um die jeweilige Position zu belegen. Wer sich im wirtschaftswissenschaftlichen Studium auch mit Statistik beschäftigt hat, der weiß, dass mit dieser vortrefflich streiten lässt. Unter den zahlreichen Charakterisierungen der Statistik gilt noch immer: „Es gibt die einfache Lüge und die gemeine Lüge und sogar die Statistik“.²² Dieses sollte man bei allen statistischen ‚Beweisen‘ beachten. Daher soll auf Statistiken weitgehend verzichtet und stattdessen die Sprachenpolitik Preußens skizziert werden.

Zum Deutschen Reich von 1871 gehörten Gebiete, in denen Deutsch nicht die Muttersprache war. Die Ideologien der Nationalstaaten gingen davon aus, dass die Bevölkerung der deutschen Sprache mächtig sein müsse. Fremdsprachige Bevölkerungsteile sollten bereits in der Volksschule sprachlich integriert werden. Wilhelm Storost-Vydūnas (1868-1953), der sich ausgiebig mit den deutsch-litauischen Beziehungen beschäftigte, hat Kritik an der preußischen Schul- und Sprachenpolitik geübt.²³ In Preußen wurde in den „Allgemeinen

²¹Siehe „Entscheidung der Botschafterkonferenz über Memel“, abgedruckt bei Rogge, S. 32-35. Die Annahme der Entscheidung der Hauptmächte für Litauen erfolgte am 13. März 1923.

²² Zu den Statistiken siehe Johannes Ganß: Die völkischen Verhältnisse des Memellandes. Berlin 1925.

²³ Wilhelm Storost-Vydunas: Sieben hundert Jahre deutsch-litauischer Beziehungen, 2. Aufl., Chicago 1982, insbesondere S. 331-314. Nach Wilhelm Kossert: Ostpreußen. Geschichte und Mythos, Originalausgabe München 2005, Neuausgabe 2007, S. 231 f. berichtet, dass Storost-Vydūnas (Vydūnas bedeutet der Sehende, Voraussehende) 1868 in Jonaten (Kreis Heydekrug) als Sohn eines evangelischen Missionars und Lehrers geboren wurde und in Pillkallen aufgewachsen ist. Durch seine Mutter erfuhr er eine tiefe Bindung zur litauischen Kultur und Sprache. Er wurde Lehrer in Kinten (Kreis Heydekrug) und später in Tilsit und ist 1912 vorzeitig pensioniert worden. Nach 1918 wurde er in der Republik Litauen

Bestimmungen“ vom 15. Oktober 1872 über die Einrichtung, Aufgaben und Ziele der Volksschulen geregelt. Diese preußischen Bestimmungen wurden durch den Oberpräsidenten Ostpreußen am 24. Juli 1873 ergänzt:

„1. Für alle Volksschulen in der Provinz Preußen ist das Ziel des Unterrichts in der deutschen Sprache die Fertigkeit in geläufigen und tunlichst korrekten mündlichen und schriftlichen Gebrauche dieser Sprache bei den aus der Schule entlassenen Kindern.

2. In allen Lehrgegenständen ist die Unterrichtssprache die deutsche. Ausgenommen hiervon ist nur der Unterricht in der Religion, einschließlich des Kirchenliedes auf der Unterstufe. Das Polnische resp. das Litauische darf nur soweit zu Hilfe genommen werden, als zum Verständnisse des Lehrgegenstandes für die Kinder unerlässlich ist.

3. In der Religion, einschließlich des Kirchenliedes, wird der Unterricht auf der Unterstufe den nichtdeutschen Kindern in der Muttersprache derselben erteilt, auf der Mittel- und Oberstufe dagegen in der deutschen Sprache, und darf hier die Muttersprache nur soweit gebraucht werden, als die Vermittlung des Verständnisses es erfordert.“

Ohne auf die weiteren Einzelheiten der preußischen Schulpolitik einzugehen ist Storost-Vydūnas der Auffassung, dass das Ziel war, den Kindern die deutsche Sprache beizubringen. Um die Kinder vor Quälereien zu bewahren, „fingen manche Eltern an, schon vor der Schule mit ihren Kindern, wenn auch nur mangelhaft Deutsch zu sprechen. Und so wurde mit der Verdrängung der litauischen Sprache aus der Schule den Litauern der Gebrauch der deutschen Sprache aufgezwungen“.²⁴

Offensichtlich hat Preußen ein dreifaches Ziel verfolgt: Einmal, um im neu geformten Einheitsstaat eine einheitliche Mutter(National-)sprache einzuführen, zum anderen, um im Zuge der Industrialisierung nach 1870/71 eine

geehrt: 1925 machte man ihn zum Ehrenmitglied des PEN-CLUBs, 1928 wurde er zum Ehrendoktor der Universität Kaunas ernannt und 1935 zum Ehrenmitglied des litauischen Schriftstellerverbandes. Er hat die deutsche Staatsangehörigkeit behalten und nicht für Litauen optiert, daher war er nach 1945 kein DP (Displaced Person). Nach 1933 wurde er in Ostpreußen und im Memelgebiet als Renegat beschimpft, 1938 inhaftiert, aber dank weltweiter Proteste nach 2 Monaten freigelassen. Storost-Vydūnas flüchtete 1944 nach Westen und ist 1953 in Detmold gestorben. 1991 wurden seine sterblichen Überreste nach Litauen überführt. Sein Konterfei zielt den litauischen 200-Litas-Schein.

²⁴ Ebenda, S.334.

reichsweite Einsatzfähigkeit des ostdeutschen Bevölkerungsüberschusses in der aufblühenden westdeutschen Industrie einzusetzen und schließlich, um die jungen Männer, die ihren Dienst in der Armee verrichteten, die Befehle zu verstehen und auszuführen. Diese preußische Schulpolitik ist sowohl in Litauen als auch in Polen als Germanisierungspolitik bezeichnet und kritisiert worden. Storost-Vydūnas ist hierfür ein Beispiel.

Wenn man ausschließlich kulturelle (sprachliche) Maßstäbe anlegt, dann handelt es sich um eine systematische ‚Eindeutschung‘, wenn man dagegen die reale politische und ökonomische Lage berücksichtigt, dann kommt man - wie in der Gegenwart bei der Diskussion über die Globalisierung und der politischen Vorgänge - zu einem anderen Ergebnis. Das heißt, dass man aus kulturellen (linguistischen) Gründen die Zurückdrängung der litauischen Sprache kritisieren kann, aber diese Entwicklung nicht aufhalten konnte und daher akzeptieren musste.²⁵

Kehren wir zum Phänomen der Zurückdrängung der litauischen Sprache im Memelgebiet zurück. Graf Brockdorff-Rantzau bezieht sich in seiner Antwort vom 29. Mai 1919 (siehe weiter oben) an die Alliierten Mächte auf die statistische Erhebung von 1910. Danach sprach nur im (Land-) Kreis Heydekrug eine Mehrheit von 53% litauisch, waren aber auch der deutschen Sprache mächtig. Offensichtlich war die Zweisprachigkeit bereits eine Folge der preußischen Schulpolitik.

Der Rückgang der litauischen Sprache wurde in der ‚Franzosenzeit‘ (1919-1923) noch deutlicher: Die Taryba (der Nationalrat der Litauer) forderte die französischen Behörden auf, eine Befragung der Eltern durchzuführen, um deren sprachliche Präferenzen zu ermitteln. Durch Verordnung des Zivilkommissars vom 14. März 1921 wurden die Eltern in den ländlichen Gemeinden sowie in Schmelz IV aufgefordert zu erklären, in welcher Sprache sie den Religions- sowie den Lese- und Schreibunterricht wünschen.²⁶

²⁵ Wer in Wissenschaft, Wirtschaft oder Politik Erfolg haben will, muss gute Englischkenntnisse und in den USA studiert haben.

²⁶ Ganß, S. 88-92.

Sprachwünsche mit litauischer Familiensprache 1921

<u>Kreis</u>	<u>In litauischer Sprache:</u>	
	Religionsunterricht	Lese-/Schreibunterricht
Memel	48,78%	7,98%
Heydekrug	12,84%	3,24%
Pogegen	12,17%	4,13%
Schmelz IV	6,67%	- , -

Ganz fasst das Ergebnis zusammen:

„ Im ganzen (Memel-) Gebiet sollten also von den 6.679 Schülern mit litauischer Familiensprache 1.894 Religionsunterricht in litauischer Sprache, 365 litauischen Lese- und Schreibunterricht erhalten. ... Wenn man das Zählungsergebnis dahin erweitert, daß man auch die städtischen Schulen und die höhere Schule in Heydekrug hinzurechnet, so kommt man zu dem Ergebnis, daß von den rund 220.000 Schülern des ganzen Gebiets höchstens 400, das sind 1,8 %, litauischen Lese- und Schreibunterricht erhalten sollten; ... “²⁷

Das in Versailles und von Litauen vorgetragene Argument, die Mehrheit der Memelländer spricht litauisch, ist unzutreffend. Dagegen ist zutreffend, dass Preußen eine systematische Eindeutschungspolitik betrieben hat. Der litauischen Kritik ist entgegen zu halten, dass diese im Memelgebiet in den 30-er Jahren gleichfalls eine strikte Lituanisierungspolitik betrieben hat, obgleich im Statut zur Memelkonvention in Art. 5, Ziff. 3 bestimmt ist, dass das Unterrichtswesen zur Zuständigkeit der autonomen Regierung des Memelgebietes gehört.²⁸ Nicht nur Preußen, sondern auch die Republik Litauen dachten und handelten nationalistisch.

III. Die konträren deutschen und litauischen Strategien

Sowohl während der Versailler Friedensverhandlungen als auch danach haben das Deutsche Reich und die Republik Litauen Strategien verfolgt, die sich antagonistisch gegenüberstanden. Aus subjektiver Sicht hatten beide ‚Parteien‘ gute Gründe, um ihre Strategie zu formulieren und zu begründen.

²⁷ Ebenda, S. 93.

²⁸ Siehe hierzu Ernst-Albrecht Plieg: Das Memelland 1920-1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat. Würzburg 1962. S. 100 ff. (Marburger Ostforschungen. 19).

1. Die deutsche Position

In der Antwort vom 29. Mai 1919 hat Graf Brockdorff-Rantzau dargelegt, dass das Memelgebiet deutsch ist und dass die Mehrheit der Bevölkerung - auch wenn die Umgangssprache litauisch ist - sich als Preußen oder Deutsche fühlen. Die deutsche Friedensdelegation hat die Abtretung des Memelgebietes - diesen Begriff gab es noch nicht - abgelehnt. Die Alliierten Mächte haben diese Strategie rigoros zurückgewiesen.

Das neu geschaffene Memelgebiet wurde vom Reich abgetrennt und unter Alliierte Oberhoheit gestellt. Da sich Engländer bereits in Danzig engagiert hatten, übernahm Frankreich die Verwaltung. Dahinter steckte eine französische Strategie: Frankreich ging davon aus, dass die Polnisch-Litauische Union wieder hergestellt würde, dann könnte Litauen das Memelgebiet erhalten, damit wäre der Ring um Ostpreußen geschlossen. Memel wäre das ‚Gibraltar‘ der Ostsee. Aus deutscher Sicht durfte nicht zugelassen werden, dass Polen - im Hintergrund Frankreich - diese Position erlangt.

Die Mehrheit der Memelländer bevorzugte das Danziger Modell: Einen ‚Freistaat Memelland‘ unter dem Protektorat des Völkerbundes oder von Großbritannien. Auch mit dieser Lösung war Deutschland nicht einverstanden, weil die Gefahr bestand, dass der ‚Freistaat Memelland‘ zu einer dauerhaften Einrichtung werden könnte.

Die Berliner Diplomatie suchte eine Lösung, die kurzfristig sowohl den Einfluss von Polen als auch die Idee des Freistaates verhinderte, aber langfristig die Rückgliederung des Memelgebietes nicht ausschloss. Als einzige Möglichkeit bot sich an, das Memelgebiet Litauen zu überlassen, zumal Kaiser Wilhelm II. der Erste war, der am 22. März 1918 die Unabhängigkeit Litauens anerkannte, was mit großer Dankbarkeit angenommen wurde. Abgesehen davon, dass Litauen auf deutsche Hilfe angewiesen war, konnte Deutschland Agrarprodukte aus Litauen beziehen. Noch wichtiger war, dass Litauen eine Brücke zur Sowjetunion bildete, mit der das Deutsche Reich seit dem Locarno-Pakt intensive Kontakte - sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf militärischem Gebiet - pflegte. Aus deutscher Sicht wurde die junge Republik Litauen instrumentalisiert, zumal es zum Aufbau des Staatswesens Kredite brauchte und zum Teil auch erhielt. Es gibt Indizien, dass diese strategischen Überlegungen zu konkreten Handlungen führten.

Nicht nur die deutsche Vertretung in Kaunas und das Generalkonsulat in Memel, auch der deutsche Geheimdienst waren offensichtlich davon unterrichtet, dass ein litauischer Einmarsch bevorstehe.²⁹ Abgesehen davon, dass am 10.

²⁹ Nach Plieg, (S. 19) lief bereits am 6. Januar 1923 das Gerücht in Kaunas um, Litauer seien in Memel eingedrückt und hätten die Franzosen entwaflnet. Am 8. Januar 1923 wurde

Januar 1923 nicht nur die Besetzung des Memelgebietes, sondern auch der französische Einmarsch in das Ruhrgebiet erfolgte. Dennoch hätte die Möglichkeit bestanden, durch freiwillige Verbände die litauische Armee aus dem Memelgebiet hinauszudrängen. Aber:

*„Das Deutsche Reich, das durch den Ruhrkampf vollauf in Anspruch genommen war, verhielt sich völlig still. Zwar standen deutsche Selbstschutzverbände in Ostpreußen, und während der ersten Tage des Einmarsches war die Garnison in Tilsit alarmiert worden. Irgendwelche Gegenmaßnahmen wurden jedoch nicht befohlen. Die Neutralität wurde so streng beobachtet, daß man Beamten der memelländischen Landespolizei, die in Tilsit Munition kaufen wollte, man dieses Verlangen abschlug. Der Anfrage des abgesetzten Landespräsidenten Stepputat und des Landwirtes Gubba-Götzhöfen beim Oberpräsidenten in Königsberg, ob Deutschland einen mit Freiwilligen durchgeführten Gegenangriff in das Memelgebiet unterstützen oder dulden würde, begegnete man ebenfalls mit Ablehnung. ... Es fehlte nicht an Vorwürfen gegenüber dem Auswärtigen Amt, es betreibe ‚offen oder hintenherum‘ den Anschluß des Memellandes an Litauen“.*³⁰

Bemerkenswert ist, dass die Reichsregierung den Abschluss eines Handelsvertrages mit Litauen anstrebte und die diplomatische Vertretung in Kaunas in den Rang einer Gesandtschaft erhob. Dieses Verhalten des Deutschen Reiches hat zu einer lebhaften Entrüstung unter den Memelländern geführt. Noch Anfang 1924 musste sich der deutsche Generalkonsul in Memel den Vorwurf gefallen lassen „daß Deutschland uns auf dem Altar der deutsch-rußisch-litauischen Freundschaft geopfert hat“.³¹

Aus Sicht der deutschen Memelländer waren die Enttäuschung und sogar der Ärger groß, aus der strategischen Sicht des Auswärtigen Amtes aber notwendig, denn es galt, unbedingt den polnischen Einfluss in Memel zu verhindern und langfristig die Rückgliederung des Memelgebietes nicht zu verbauen.

2. Die litauische Position

Aus deutscher Sicht war die litauische Position wesentlich einfacher. Die Idee, das Memelland an den zu gründenden litauischen Staat - ursprünglich als Königreich, dann als Republik - anzugliedern und vollständig zu integrieren, stammte - zu Beginn des Ersten Weltkrieges - von den amerikanischen Litau-

dem Berliner Auswärtigen Amt über die Vorbereitungen zum Einmarsch in das Memelgebiet bekannt. Die französische Vertretung in Riga war bereits neun Tage vor dem Einmarsch informiert.

³⁰ Plieg, S. 25 f.

³¹ Ebenda, S. 26.

ern. Obgleich die junge Republik weder von den Alliierten noch vom Völkerbund anerkannt war, hat es mit Geschick intensiv in Versailles antichambriert, ohne offiziell als Verhandlungspartner zugelassen zu sein. Litauen hat wirkungsvoll am 24. März 1919 dem Präsidenten der Friedenskonferenz, M. Clemenceau, in den ‚Revendications Lithuaniennes‘ die litauischen Forderungen überreicht.³² Es forderte einen Staat mit sechs Millionen Einwohnern - Litauen selbst hatte nur zweieinhalb Mill. Einwohner - und einer Fläche von rund 125.000 qkm, von Ostpreußen sollten 8.000 qkm mit 400.000 Einwohnern an Litauen angegliedert werden. „Die litauische Denkschrift enthält auch die erstaunliche Angabe, dass die preußischen Litauer fest entschlossen seien, sich von Deutschland zu trennen und an Litauen anzuschließen“.³³

Die Strategie, ein Groß-Litauen zu errichten, war gescheitert, denn offensichtlich haben die ‚Revendications‘ die Alliierten nicht überzeugt. In Art. 99 des Friedensvertrages wurde bestimmt, dass das Gebiet nördlich des Memelflusses vom Reich abgetrennt wird. Dieses Gebiet, das seitdem Memelgebiet oder Memelland genannt wird, wurde aber nicht Litauen übergeben, sondern blieb unter Alliiertener Hoheit, die Frankreich vertrat. Auch dieses muss für Litauen eine Enttäuschung gewesen sein.

Plieg beschreibt die Situation Litauens wie folgt:

„Die Errichtung eines memelländischen Freistaates unter Alliiertem oder französischem Protektorat hätte für Litauen bedeutet, daß es sein Ziel, die Angliederung des Memelgebiets mit Memeler Hafen, niemals erreichen würde. Außerdem fürchtete man in Litauen den polnischen Einfluß im Memelgebiet. ... Deshalb wurde gleich nach der Rückkehr der memelländischen Delegation aus Paris (von einer Botschafterkonferenz, Jk.) beschlossen, das Memelgebiet mit Waffengewalt für Litauen zu sichern.“³⁴

Wir haben bereits dargestellt, dass der Einmarsch am 10. Januar 1923 - als Frankreich das Ruhrgebiet besetzte - erfolgte und am 16. Februar 1923 die Botschafterkonferenz diese militärische Annexion akzeptierte.³⁵ Bemerkenswert ist, dass der damalige Ministerpräsident E. Galvanuskas am 7. Mai 1923

³² Die ‚Revendications‘ sind abgedruckt bei Friedrich Janz: Die Entstehung des Memelgebietes – zugleich ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Versailler Friedensvertrages. 2. Aufl., Höxter/Weser 1981, Anhang 2, S. 99-103, siehe auch S. 20 f., ferner S. 24-26.

³³ Schätzel, S.76.

³⁴ Plieg, S. 19.

³⁵ Siehe: „Entscheidung der Botschafterkonferenz über Memel“ vom 16. Februar 1923, abgedruckt bei Rogge, S. 32-36. Die Annahme der Entscheidung der Hauptmächte durch Litauen erfolgte am 13. März 1923 (Ebenda, S. 35).

die Autonomie des Memelgebietes verkündete.³⁶ In 31 Artikeln wird die Autonomie beschrieben. Von besonderer Bedeutung Art. 2, der in 14 Ziffern die autonomen Sachgebiete aufzählt, die in die Kompetenz der Behörden des Memelgebietes fallen; die litauische Gesetzgebung kann sogar die Kompetenz erweitern. Bemerkenswert ist, dass in den Pässen neben der litauischen Staatsangehörigkeit die Bürgerschaft des Memelgebietes erwähnt wird (Art. 7). Diese Nummerierung ist im Wesentlichen in das Statut der Memelkonvention vom 8. Mai 1924 in Art. 4 übernommen worden, es folgten aber auch Änderungen. So zum Beispiel heißt es in der Autonomieerklärung ‚das öffentliche Schulwesen‘, im Statut dagegen ‚Unterrichtswesen‘. Damit sind auch die privaten Schulen und andere Institute erfasst.

Die Autonomieerklärung bzw. das Statut bedeuten eine Einschränkung der Hoheitsrechte der Zentralregierung in Kaunas. Damit war eine vollständige Integration des Memelgebietes in die Republik Litauen ausgeschlossen.

Wie man zwischen der Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit unterscheidet, so muss man die Papierform der Autonomie und der Realität trennen, denn Papier ist geduldig.

Am 15. Februar 1923 wurde Viktor Gailius Präsident des Memelländischen Direktoriums. Damit begann bereits die Lituanisierung des Memelgebietes. Am 9. April 1923 wurde ein Kriegskommandant eingesetzt, der „Geldstrafen bis zu 1.000 Litās und Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten auf dem Verwaltungswege ohne Verhör und Verfahren verhängen“ konnte.³⁷ Ohne auf die Lituanisierung des Schulwesens - Einführung des litauischen Sprachunterrichts - einzugehen, sei auf folgendes hingewiesen:

„Beamtenentlassungen aufgrund mangelnder litauischer Sprachkenntnisse wiederholten sich besonders unter den Eisenbahnbeamten, Schilder und Formulare der Post und der Eisenbahn wurden nur noch litauisch und französisch ausgeführt, die deutschen Aufschriften von den Bahnhofsgebäuden entfernt, die Stationsnamen nur noch litauisch ausgerufen. Die Namen in den Fernsprechbüchern erhielten litauische Endungen.... Die Memelländer forderten vergeblich, dieser Politik entgegenzuwirken.“³⁸

Als im November 1933 Jonas Navakas zum Gouverneur (bis 1935) ernannt wurde, kündigte sich „die Rückkehr zu einem härteren Regierungskurs im Memelgebiet an. Gerade auf diesen Politiker setzte man in Kaunas für die Zukunft große Hoffnungen“.³⁹ Navakas betrieb eine „größlitauische Kolonisie-

³⁶ Ebenda, S. 45-54: „Verkündung der Autonomie des Memelgebietes“.

³⁷ Plieg, S. 26.

³⁸ Ebenda, S. 38.

³⁹ Žalys, S. 61.

zung des Memelgebietes“.⁴⁰ Er versprach, das Memelgebiet „in einen einfachen Bezirk der Republik Litauen und den Präsidenten des Direktoriums in einen einfachen Verwalter dieses litauischen Bezirkes zu verwandeln. Der Rücktritt von Jonas Navakas im Frühjahr 1935 bedeutete nicht nur seinen persönlichen Misserfolg als Politiker, sondern zeugte auch davon, daß die harte Politik im Memelgebiet ein völliges Fiasko erlitten hatte“.⁴¹

Mit der Berufung Vladas Kurkauskas zum Gouverneur am 6. April 1935 begann die letzte Etappe „des Kampfes um Memel“, die als Etappe „der allmählichen Kapitulation“ bezeichnet werden könnte.⁴²

3. Die Zusagen des Generals von Seeckt - eine Legende?

In den Annaberger Annalen sind 2007 zwei Aufsätze erschienen⁴³, wir werden uns nur mit dem Aufsatz von Krėvė-Mickevičius befassen: Im Rahmen der militärischen Besetzung des Memelgebietes erwartete man vom Deutschen Reich keinen Widerstand, daher kam man in Litauen auf die Idee, Kontakte zur Reichsregierung aufzunehmen. Da die litauische Regierung jede Vermittlung ablehnte, suchte man die Hilfe bei einer ukrainischen Widerstandsorganisation, die enge Verbindungen zur Reichsregierung hatte. Der ukrainische Kontaktmann teilte mit, dass General von Seeckt die litauischen Bevollmächtigten sehen möchte. Krėvė-Mickevičius besprach sich mit Ministerpräsident Galvanauskas, der dringend empfahl, sich auf keine politischen Verhandlungen einzulassen.

Zusammen mit den Ukrainern begab man sich in Berlin in das Reichskriegsministerium. Es beeindruckte Krėvė-Mickevičius die Größe und Ausstattung des Gebäudes. Der Ukrainer, Oberst Kovalčik, stellte die beiden Litauer vor und erläuterte den Grund des Besuches. Dann begannen die Gespräche: „General v. Seeckt steckte sich eine Zigarre an und schob uns auch die Kiste rüber.“

⁴⁰ Ebenda, S. 63.

⁴¹ Ebenda, S. 83

⁴² Ebenda, S. 83.

⁴³ Kampf um Memel. Zwei Politiker, Ernestas Galvanauskas und Vincas Krėvė-Mickevičius, erinnern sich. In: Annaberger Annalen. 15.2007. S. 247-300. (S. 247-289 von Galvanauskas und S. 290-300 von Krėvė-Mickevičius. Wir gehen nur auf S. 297-300) ein. Krėvė-Mickevičius (1882-1954) studierte in Kiew und Lemberg Philologie, war von 1922-1940 Professor an der Universität Kaunas, nach dem Einmarsch der Sowjetarmee 1940 wurde er Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Volksrepublik Litauen und 1941 Präsident der Akademie der Wissenschaften. 1944 verließ er Litauen und lehrte ab 1947 Slavistik in den USA. Er war Vorsitzender des Schützenverbandes Šaulių Sąjunga, der sich 1923 nach der Vortäuschung eines Aufstandes der Einwohner des Memelgebietes an der militärischen Besetzung beteiligte.

Offensichtlich nahm niemand eine Zigarre. Kapitän Džiuve legte die litauische Position dar.

Man hätte gern gewusst, warum man General von Seeckt aufsuchte und welche Wünsche man an die Reichsregierung herantragen wollte. Dann folgten die entscheidenden Sätze des Generals von Seeckt:

„Nach dem Vortrag von Džiuve legte von Seeckt die Zigarre beiseite. „Sie können beruhigt sein“, sagte von Seeckt, „kein Deutscher wird einen Schuß auf Sie abgeben. Uns ist es wichtig, daß Litauen erstarrt und dem Drängen zu einer Vereinigung mit Polen widersteht. Denn in diesem Falle würde sich die Situation für Ostpreußen sehr erschweren. Ich möchte Ihnen nur einen Vorschlag machen: Teilen Sie Ihrer Regierung mit, daß sie nach der Besetzung Memels mit uns und nicht mit der Entente verhandeln sollte. Ein Volk von 80 Millionen, arbeitsam, energisch und diszipliniert, wird bald wieder fähig werden, sich den Zwängen des Versailler Vertrags zu entledigen. Für uns selbst stellte das Memelgebiet weder einen ökonomischen noch einen politischen Wert dar, für Litauen jedoch wäre es wichtig, einen Hafen zu haben und auch für Memel, sich mit Litauen als seinem Einzugsgebiet zu vereinigen. Wenn Sie jedoch wegen des Statutes des Memelgebiets mit der Entente verhandeln werden, wird dieser Vertrag für uns in Zukunft keine juristische Bindung darstellen und das Reich wird das Memelgebiet daher später von Litauen zurückverlangen können. Anders wäre es, wenn Sie sich direkt mit uns einigten. Die Deutschen sind ein ritterliches Volk, sie halten sich immer an ein gegebenes Wort, darum würden die Verhandlungen mit uns Sie später vor neuen Überraschungen bewahren. Wir werden den Litauern in Ostpreußen genau solche kulturellen Rechte einräumen, wie Sie es den Deutschen in Memel tun werden.“ „Ob es uns überhaupt gelingen wird, Memel zu besetzen?“ lautete hier unser Einwand. „Es wird Ihnen schon gelingen, schieben Sie es nur nicht zu lange auf, damit die Polen sich da nicht einmischen. Und auch die Franzosen werden sich nicht wehren. ... Für Ihre Regierung haben wir noch andere Angebote, die Litauen wie auch das Reich von Nutzen wären.“⁴⁴

Offensichtlich enthält dieser Bericht mehr Dichtung als Wahrheit. Das angebliche Gespräch mit General von Seeckt muss etwa Herbst oder Ende 1922 geführt worden sein, denn es wird von der geplanten Besetzung des Memelgebietes gesprochen. Krėvė-Mickevičius hat seine Erinnerungen erst um 1950 verfasst. Es ist erstaunlich, dass er sich nach rund 30 Jahren erinnert, wie

⁴⁴ Kampf um Memel, S. 298-299.

sich von Seeckt genüsslich eine Zigarre anzündet. Aber er gibt weder das Datum noch die Uhrzeit sowie den Ort und die Dauer des Gespräches an. Mit großem Geschick verknüpft Krèvè-Mickevičius Elogen an Deutschland und erreicht Zusagen des Generals: Litauen solle nur mit dem Deutschen Reich - nicht mit den Alliierten - verhandeln, zumal die Deutschen Litauen großzügig behandeln werden. Geschickt wird die Karte gegen Polen und Frankreich ausgespielt, die Ostpreußen einkreisen wollen. Er appelliert an das Deutsche Volk mit 80 Millionen Einwohner (erst nach der Eingliederung von Österreich), dass den Versailler Friedensvertrag abstreifen wird. Litauen wird ein ‚Zuckerle‘ gegeben, da es den Hafen brauche. Die absurdeste These, die Krèvè-Mickevičius von Seeckt in den Mund legt, ist, dass das Memelgebiet weder einen ökonomischen noch einen politischen Wert darstelle. Das ist eine unzutreffende These, denn Memel war der letzte eisfreie Hafen der Ostsee. Gerade ein General weiß, dass eine Armee einen Fluss hinter sich und nicht vor sich haben will, da Übergangsprobleme bestehen. Der Aufmarsch der Deutschen Armee 1941 Richtung Leningrad erfolgte im Memelgebiet.

Es gibt weitere formale Hinweise, aus denen man schließen kann, dass es sich mehr um Dichtung als um historische Wahrheit handelt. Es ist undenkbar, dass ein General außenpolitische Gespräche führt und sogar territoriale Zusagen macht. Abgesehen davon, dass die Ressorts eifersüchtig auf ihre Kompetenzen achten: Das Auswärtige Amt würde niemals akzeptieren, dass ein General sich außenpolitische Kompetenzen anmaßt. Unabhängig davon, wären ein hoher Vertreter des Auswärtigen Amtes sowie ein Protokollant anwesend. Diese wenigen Hinweise mögen belegen, dass das Gespräch mit General von Seeckt in dieser Form nicht stattgefunden hat.

Dagegen sind die Schlussbemerkungen, die den Waffenkauf betreffen, durchaus realistisch. Ob sie im Anschluss an das fiktive Gespräch erfolgte, sei dahingestellt.

Es ist denkbar, dass Krèvè-Mickevičius das Gespräch mit General von Seeckt erfunden hat, um zu belegen, dass zwar im Memelgebiet im Januar 1923 kein Aufstand erfolgte, aber von Seeckt die Litauer geradezu eingeladen hat, das Memelgebiet zu besetzen. Wie weiter oben dargelegt, gibt es Indizien, dass der militärische Einmarsch mit Wissen des Reiches erfolgte. Es gibt keine Zeitzeugen, die dieses Gespräch bestätigen.

4. Warum erfolgte im Memelgebiet keine Volksabstimmung?

Präsident Wilson hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert. Es wurde in Nord-Schleswig, in Oberschlesien und in Masuren angewandt - warum nicht im Memelgebiet? Ein Vergleich zwischen der in Masuren durchge-

fürten und der im Memelgebiet nicht durchgeführten Volksabstimmung kann zur Klärung beitragen.

Im Versailler Friedensvertrag ist in Art. 99 eindeutig geregelt, dass das Memelgebiet vom Deutschen abgetrennt und vorerst von Frankreich verwaltet wird. In Art. 94 des Friedensvertrages wurden die Einwohner in Süd-Ostpreußen (Masuren) aufgefordert, durch Abstimmung zu entscheiden, welchem Staat - Deutschland oder Polen - sie angehören wollen. Nur dann, wenn sich die Mehrheit für Polen entscheiden würde, erfolgte eine Gebietsabtretung. Die rechtliche Ausgangslage war somit grundlegend verschieden.

Am 11. Juli 1920 erfolgte die Abstimmung in Südostpreußen (Masuren):

97,89% stimmten für Deutschland und nur 2,11% für Polen. Dieses eindeutige Ergebnis hatte zur Folge, „Für die polnische Mehrheit blieben die Masuren Preußen, Protestanten und damit Deutsche.“⁴⁵

Wir wollen hypothetisch unterstellen, 1920 wäre im Memelgebiet eine Volksabstimmung erfolgt. Mit welchem Ergebnis konnte gerechnet werden? Am 10. Oktober 1925 erfolgten die ersten Wahlen zum Memelländischen Landtag: 58.756 Stimmen (= 94%) entfielen auf die deutsche Liste, 3.761 Stimmen (= 6%) auf die litauische Liste.⁴⁶ Hierbei sind zwei Faktoren zu berücksichtigen: Auf Grund des Optionsvertrages vom 10. Februar 1925 hatten zahlreiche Memelländer für das Deutsche Reich optiert, somit gingen diese Stimmen für die deutsche Liste verloren. Die Erfahrung mit dem ‚Abstimmungskampf‘ in Masuren hat deutlich gemacht, dass die Deutschen ihre Stimmzahl maximieren konnten. Es ist unerheblich, ob der deutsche Stimmenanteil im Memelgebiet bei 95 oder 97% gelegen hätte: Die überwältigende Mehrheit wollte nicht an Litauen angegliedert werden.

Wie hätten die Alliierten, die Republik Litauen und das Deutsche Reich auf ein solches Abstimmungsergebnis reagiert? Den Alliierten wäre bewusst geworden, dass in Versailles nicht eine Friedenspolitik angestrebt, sondern strategische Ziele mit Machtmitteln durchgesetzt wurden. Sie wären nicht bereit gewesen, wegen des kleinen Memelgebietes (mit 142.000 Einwohnern) den Versailler Friedensvertrag zu öffnen und den Art. 99 zur Diskussion zu stellen und sogar aufzuheben; denn dann wäre eine Lawine losgetreten worden und es hätte zahlreiche Änderungswünsche gegeben, möglicherweise wäre die gesamte Struktur des Friedensvertrages eingestürzt.

Die Republik Litauen hätte erkennen müssen, dass die Memelländer, gleichgültig, welcher Umgangssprache sie sich bedienen, Protestanten und Preußen sind, die wie die Masuren bei Deutschland bleiben wollten. Unabhängig von der

⁴⁵ Andreas Kossert: Ostpreußen. Geschichte und Mythos. München 2007. S. 222-223.

⁴⁶ Gornig, S. 54 (Fußnote 247).

hypothetischen Volksabstimmung: Dieses hätte Litauen bereits aus dem Ergebnis der Landtagswahl 1925 erkennen können. Aber man hat konsequent - so Gouverneur Navakas - die Integration in die Republik Litauen verfolgt.

Das Deutsche Reich wäre durch eine Volksabstimmung in eine nicht beneidenswerte Lage geraten. Moralisch war es verpflichtet, den deutschen Memelländern zu helfen, dazu war es aber nicht in der Lage. Vielmehr war zu befürchten, dass die Memelländer sich endgültig für den Freistaat - unter der Obhut einer Großmacht - entschied und damit die Berliner Strategie der langfristigen Rückgliederung zu be- oder sogar verhindern.

Die Volksabstimmung im Memelgebiet hatte keine Chance. Keine der Parteien hätte das Votum akzeptiert.

5. Hat Litauen frühzeitig die NS-Diktatur erkannt?

Ingrida Jakubavičienė hat in Ihrem Aufsatz über den Neumann-Sass-Prozess festgestellt:

„Der Neumann-Sass-Prozess war seinerzeit der größte Prozess in Europa gegen die zerstörerische Tätigkeit der von der NSDAP inspirierten Parteien im Ausland. Zugleich war es eine mutige juristische und politische Herausforderung eines vielfach größeren und mächtigeren Staates. ... Die memelländischen deutschen Organisationen behinderten die von den Tautininkai angestrebte Relituanisierung und schnellere Integration des Gebietes in den litauischen Staat, wie auch die Einschränkung der autonomen Verwaltung, die sich in den Händen der Deutschen befand.“⁴⁷

In diesem kurzen Zitat ist die gesamte Philosophie der Republik Litauen gegenüber dem Deutschen Reich und gegenüber dem Memelgebiet enthalten. Diese wollen wir wie folgt analysieren:

- (1) Ingrida Jakubavičienė geht mit keinem Wort auf den Friedensvertrag von Versailles ein, der die Abtretung des Memelgebietes autoritär bestimmte. Bereits 1919 wurde dargelegt, dass das Memelgebiet deutsch war und deutsch bleiben solle. Der deutsche Anspruch hat nichts mit dem Dritten Reich zu tun.
- (2) Sie geht nicht darauf ein, dass es im Memelgebiet keinen Aufstand pro Litauen gab, sondern dass eine militärische Besetzung des Memelgebietes durch Litauen erfolgte, die die Botschafterkonferenz unter Auflagen akzeptierte.
- (3) Sie geht nicht darauf ein, dass der Litauische Präsident Galvanaukas am 7. Mai 1923 (sic !) vor Vertretern der Behörden und der Bevölkerung des Memelgebietes erklärte:

⁴⁷ Ingrida Jakubavičienė: Der Neumann-Sass-Prozess 1934/35. Aus litauischer Sicht. In: Annaberger Annalen 20/2012. S. 220-254, zitiert S. 220 f..

„Die Konstituierende Versammlung der Litauischen Republik hat in ihrer Resolution vom 11. November 1921 (sic!) den souveränen Willen Litauens kundgegeben, dem Memelgebiet nach seiner Vereinigung mit den anderen Teilen Litauens eine autonome Selbstverwaltung im Rahmen der Republik Litauen zu gewähren. ... und erklärt, dass die Litauische Regierung es für ihre Pflicht halten wird, dieselben vom heutigen Tag an zur Durchführung zu bringen.“⁴⁸

(4) Die Feststellung von Jakubavičienė, dass die memelländischen Organisationen die Relituanisierung (wir bevorzugen den Ausdruck ‚Lituanisierung‘), die schnellere Integration in den litauischen Staat und die Einschränkung der autonomen Verwaltung, die sich in deutschen Händen befand, behinderten, ist unzutreffend. Hier liegt nicht nur eine vollkommene Verkennung der Memel-Konvention vor: Es ist völkerrechtlich festgeschrieben und von Litauen akzeptiert worden, dass das Memelgebiet einen Autonomiestatus erhält. Es liegt im Wesen der Autonomie, dass diese von den Memelländern verwaltet wird. Deshalb wurde ein eigener Landtag gewählt und eine Regierung - Direktorium mit einem Präsidenten - gebildet. Eine Relituanisierung sowie eine Einschränkung der Autonomie verstießen gegen das Völkerrecht. Wenn die Memelländer diese Politik ablehnten, dann haben sie legal und legitim die litauische Politik abgelehnt und nicht behindert. Im Übrigen hat Jakubavičienė versäumt darauf hinzuweisen, dass Gouverneur Navakas 1932-35 diese Politik verfolgte, nach Vytautas Žalys ist er als Politiker und seine Politik gescheitert. Ab 1935 zeichnete sich der Niedergang ab und Litauen stellte sich auf eine Lösung des Memelproblems - Rückgabe an Deutschland - ein.

(5) Wie wir noch darlegen werden, entwickelte Präsident Antanas Smetona einen autoritären und sogar diktatorischen Staat, in dem eine demokratische Willensbildung nicht möglich war. Folglich konnten auch die Wahlergebnisse zum Memelländischen Landtag die Regierung in Kaunas nicht überzeugen. Smetona regierte von Ende 1926 bis Ende 1938 mit dem verhängten Kriegsrecht, obgleich sich Litauen mit keinem Nachbarn - Deutschland, Polen und Sowjetunion - im Krieg befand. Das Kriegsrecht war ein innerstaatliches Herrschaftsinstrument, das auch die gegen die Memelländer angewandt wurde, das gilt auch für den Neumann-Sass-Prozess.

Wollte man diese Kurzanalyse voll ausarbeiten, dann müsste man eine umfangreiche Abhandlung schreiben. Daher wollen wir uns bewusst auf den Aspekt

⁴⁸ Ebenda, S. 220 ff.

beschränken, der im Neumann-Sass-Prozess eine zentrale Rolle spielte, nämlich der Einfluss der NSDAP und des Dritten Reiches.

Es ist festzuhalten, dass das Memelgebiet von 1923 bis 1939 (= 16 Jahre) zu Litauen gehörte. Von 1923 bis 1933 (= 10 Jahre) bestand die Weimarer Republik, das Dritte Reich war für Litauen nur von 1933 bis 1939 (= 6 Jahre) von Bedeutung. Die Spannungen zwischen Litauen und Deutschland begannen nicht erst nach 1933, sondern waren bereits früher vorhanden, so dass Berlin wiederholt den Völkerbund angerufen hat. Es wird vollkommen verschwiegen, dass es einen Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Litauen gab.⁴⁹

Zwischen Stresemann und Voldemaras stimmte nicht nur die ‚Chemie‘, sondern beide erkannten, dass Deutschland Litauen als Brücke zur Sowjetunion brauchte und - umgekehrt - konnte sich Litauen politisch und ökonomisch an Deutschland anlehnen, zumal Berlin Litauen in der Wilna-Politik gegenüber Polen unterstützte.

*„So kam es, dass zur Zeit der Geschäftsführung dieser beiden Minister das Äußerste stets vermieden wurde und daß im Memelgebiet immerhin noch erträgliche und wirtschaftlich sogar recht gute Zustände herrschten“.*⁵⁰

Aber: Stresemann starb 1929 und Voldemaras wurde 1929 gestürzt. Damit war die personale Basis der deutsch-litauischen Beziehungen nicht mehr vorhanden. Der Klimawechsel mündete in den Wirtschaftskrieg ein. Der deutsche Boykott führte zu einem Rückgang der Importe aus und der Exporte nach Litauen. In Litauen entstand ein Überschuss an landwirtschaftlichen Produkten, so dass der Preis für ein Kilogramm Butter auf 50 Pfennig sank und die Beamten verpflichtet wurden, monatlich eine Gans zu kaufen. Letztlich hat Litauen diesen Boykott überstanden, da England an die Stelle Deutschlands einsprang. Damit hatte man „Deutschland das Geschäft verdorben und eine politische Waffe aus der Hand geschlagen und war damit in die Rolle des Schutzengels Litauens gekommen.“⁵¹ Abgesehen von diesem Scheitern des wirtschaftlichen Boykotts ist festzuhalten, dass der Wirtschaftskrieg nicht von der NSDAP oder vom Dritten Reich, sondern von der Weimarer Republik geführt wurde.

Dass Hitler die Weimarer Republik - mit Zustimmung des Reichstages - in eine Diktatur umgewandelt hat, ist hinlänglich bekannt und es bedarf keiner Erörterung. Hingegen ist kaum bekannt, dass auch Smetona einen autoritären oder sogar diktatorischen Staat geformt hat.

Im Frühjahr 1926 bildeten die Volkssozialisten und Sozialdemokraten eine Regierung, es kam zu Widerständen der Armee und der Christdemokraten. In

⁴⁹ Schätzel, S.187.

⁵⁰ Ebend, S.187.

⁵¹ Ebenda, S. 188.

der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1926 putschte die Armee, zum Staatspräsidenten wurde Antanas Smetona ernannt. Dieser verkündete im Dezember 1926 (bis Ende Oktober 1938) den Kriegszustand. Darauf beruhte die Alleinherrschaft der Tautininkai, die bis zum März 1939 die litauische Politik bestimmte. Am 15. Mai 1928 erließ Smetona eine neue Verfassung, die die Macht des Staatspräsidenten stärkte. *„Der Kriegszustand bot der Regierung die Handhabe, eine diktatorische Regierung zu führen.“*⁵²

Voldemaras, der starke Mann, der gleichfalls diktatorische Neigungen zeigte, wurde 1929 gestürzt. Die Tautininkai-Partei baute von oben nach unten einen Parteiapparat auf, besonderen Wert legte sie auf den Schützenverband. Für Smetona war Mussolini das Vorbild. Nach dem italienischen Muster baute er ‚verkammete‘ Berufsstände auf, die vom Staat gelenkt werden konnten. Der Aufbau der Partei wurde der Faschistischen Partei nachgeahmt. Im Sommer 1934 erschütterte ein missglückter Putsch von Offizieren der Garnison in Kaunas die Stellung der Regierung, im Sommer 1935 folgten wegen der wirtschaftlichen Notlage Bauernunruhen. Im Herbst 1935 wurden die anderen Parteien aufgelöst, die Büros geschlossen und deren Vermögen beschlagnahmt. Durch das Wahlgesetz vom 13. Mai 1936 gelangte die Aufstellung der Wahlkandidaten in die Hand der Regierung. *„Der neue Landtag sollte nur beratendes Organ der Regierung sein. Ihm wurde am 11. Februar 1938 ein Verfassungsentwurf vorgelegt und von ihm angenommen. Diese (fünfte) Verfassung bedeutete ein weiteres Anwachsen der Macht und der Rechte des Staatspräsidenten ...“*⁵³

Am 12. Mai 1922 hatte Litauen dem Minderheitenschutz zugestimmt, mit der fünften Verfassung wurde dieser Schutz aufgehoben. Diese und andere Maßnahmen hatten alle Macht in der Hand der Tautininkai vereinigt, dazu trug auch die Gleichschaltung des Schulwesens bei.

Veranlasst durch angebliche staatsfeindliche Bewegungen im Memelgebiet wurde am 8. Februar 1934 das „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen.⁵⁴ Das Gesetz hat nicht Paragraphen oder Artikel, sondern - ungewöhnlich - Ziffern. Zur Charakterisierung dieses Gesetzes, das im Memelgebiet als ‚Zuchthausgesetz‘ bezeichnet wurde, nur die beiden ersten Ziffern:

1

„Wer das litauische Volk oder den Staat Litauen beleidigt oder verspottet, wird mit gewöhnlichem Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bis zu vier Jahren bestraft.“

⁵² Manfred Hellmann: Grundzüge der Geschichte Litauens. Darmstadt 1976. S. 152 (es gibt noch die 4. Auflage, die jedoch identisch ist).

⁵³ Ebenda, S.162 ff.

⁵⁴ Dieses Gesetz ist abgedruckt in: Annaberger Annalen. 11.2003. S. 92-98.

Wer ein Symbol des Staates Litauen - den Vytis, die litauische Nationalflagge, Staatsflagge oder ein anderes Ding beleidigt oder verspottet, das seiner symbolischen Bedeutung wegen vom litauischen Volk oder dem litauischen Staat geachtet oder verehrt wird, wird mit dem gewöhnlichen Gefängnis oder mit Gefängnis mit schwerer Arbeit bis zu vier Jahren bestraft.“

Diese beiden Beispiele belegen, dass es sich um ‚Gummiparagrafen‘ handelt, die nahezu beliebig angewandt werden können. Es sei nur erwähnt, wer „ein anderes Ding beleidigt oder verspottet, ... der wird mit bis zu vier Jahren bestraft“ - was ist das ‚andere Ding‘?

Auf Grund des Gesetzes vom 8. Februar 1934 stieg die Zahl der bestraften Personen im Memelgebiet beachtlich an. Sie stieg von 27 (= 1932) auf 216 (= 1933) (die meisten von ihnen wurden gegen Jahresende bestraft), erhöhte sich auf 247 (= 1934) und ging 1935 auf 86 zurück; insgesamt wurden vom Kriegskommandanten zwischen 1932 und 1935 = 576 Personen im Memelgebiet bestraft.⁵⁵ Es war die Amtszeit von Gouverneur Navakas, der die Lituanisierung gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung im Memelgebiet erzwingen wollte.

Hatte Anfang der dreißiger Jahre Litauen mit Geschick den Wirtschaftskrieg mit dem Deutschen Reich überstanden, holte es mit dem Neumann-Sass-Prozess 1934/35 zu einem Schlag gegen die NSDAP und damit gegen das Dritte Reich aus. Bereits mit dem Abstimmungsergebnis im Saargebiet wurde erkennbar, dass das Dritte Reich energisch gegen die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages vorging. Litauen musste erkennen, dass selbst die Alliierten nicht die litauische, sondern stärker die deutsche Position stützten. Nicht nur Deutschland, auch die Signatarmächte der Memelkonvention verlangten, Gouverneur Navakas abzulösen. Er wurde am 4. April 1935 durch Vladas Kurkauskas abgelöst, der von der litauischen Regierung beauftragt wurde, eine gemäßigte Politik gegen Deutschland zu betreiben.⁵⁶ Nicht nur Deutschland und die Sowjetunion, sondern auch die Alliierten übten Druck auf Litauen aus, im Neumann-Sass-Prozess milde Urteile zu fällen: „Litauen erhoffte politische Unterstützung der Großmächte, erhielt jedoch anstelle von Ermutigung Belehren, Deutschland nicht zu provozieren“.⁵⁷

⁵⁵ Žalys, S. 65.

⁵⁶ Jakubavičienė, S. 253.

⁵⁷ Ebenda, S. 251.

IV. Warum ist Litauen im Memelgebiet gescheitert?

Versuch einer Antwort

Wir haben die Frage aufgeworfen, warum Litauen im Memelgebiet gescheitert ist. Dabei haben wir zwischen der Strategie und der Taktik der Deutschen und der Litauer unterschieden. Diese Unterscheidung wollen wir nunmehr durch den Begriff des Strukturfehlers ergänzen.

1. Der Versailler Strukturfehler

Die Versailler Friedenskonferenz ist nicht mit dem Westfälischen Frieden von 1648, mit dem Wiener Kongress von 1815 und auch nicht mit dem Berliner Kongress von 1878 zu vergleichen. In diesen Friedensverhandlungen - in Münster und Osnabrück verhandelte man mehrere Jahre - saßen alle Parteien, auch die Besiegten, am Verhandlungstisch und man war um einen Ausgleich der gegensätzlichen Interessen bemüht, in Versailles hat Clemenceau der deutschen Friedensdelegation deutlich gemacht, dass man den erbetenen Frieden gewähren werde. Dabei hat man sowohl Wilsons Vierzehn Punkte als auch seine „Vier Grundsätze“ vom 11. Februar 1918 nicht berücksichtigt. Daher soll der 2. und 3. Punkt der Wilson'schen Grundsätze zitiert werden:

2. *„Völker und Provinzen dürfen nicht länger von einer Staatsgewalt zur anderen hin und her geschoben werden, als wären sie bloße Besitzstücke oder Schachfiguren.“*

3. *Jede Gebietsregelung muß im Interesse der Betroffenen Bevölkerung erfolgen und nicht nur als ein Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromißes von Ansprüchen rivalisierender Staaten.“*⁵⁸

Wenn man diese hehren Prinzipien nicht nur bei Abstimmungen in Nord-Schleswig und in Masuren, sondern auch im Memelgebiet berücksichtigt hätte, dann hätten über 95 % der Memelländer für den Verbleib beim Deutschen Reich gestimmt. Aber aus strategischen Gründen hat man das Selbstbestimmungsrecht nicht angewandt. Sowohl die Alliierten (insbesondere Frankreich) als auch Litauen haben die Abtrennung des Memelgebietes durchgesetzt und verhindert, dass es beim Deutschen Reich verblieb. Dann hätte wahrscheinlich Litauen einen Freihafen erhalten, wie es 1939 mit Berlin vereinbart wurde. Ein Strukturfehler wäre vermieden worden.

Der Versailler Friedensvertrag enthält eine Reihe von Strukturfehlern - insbesondere im ökonomischen Bereich -, auf die der britische Ökonom John Maynard Keynes hingewiesen hat.⁵⁹ Die Abtrennung des Memelgebietes vom

⁵⁸ Der Vertrag von Versailles. München 1978. S. 58 ff.

⁵⁹ John Maynard Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München u. Leipzig 1920.

Deutschen Reich, die litauische Besetzung und deren Sanktionierung durch die Botschafterkonferenz waren nur ein kleiner Fehler, aber symptomatisch. In Versailles hat man nicht mehr die Kunst der (langwierigen) Friedensverhandlungen beherrscht. Es erfolgte kein fairer Ausgleich, sondern es wurde die Saat für künftige Auseinandersetzungen gesät. Auch hierfür ist das Memelgebiet ein Beispiel.

2. Die unterschiedlichen Interessenlagen

Das deutsche strategische (langfristige) Ziel war, das Memelgebiet bei Litauen ‚zu parken‘, um es dann zu gegebener Zeit ‚Heim ins Reich‘ zu holen, was 1939 der Fall war. Das litauische strategische Ziel war, die von der Botschafterkonferenz und vom Völkerbund verhinderte vollständige Integration in die Republik Litauen baldmöglichst nachzuvollziehen. Beide Seiten verfolgten ihre Ziele mit taktischen Mitteln.

Die deutsch-litauischen Beziehungen wurden bis Ende der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts von Gustav Stresemann (1878-1929) und von Augustinas Voldemaras (1883-1942, 1940 in die Sowjetunion deportiert, wahrscheinlich eines nicht natürlichen Todes gestorben) geprägt.

a) Das deutsche Interesse an Litauen

Die Japanerin Rikako Shindo hat in ihrer umfangreichen Dissertation nicht nur die deutsch-litauischen Beziehungen und damit das Problem des Memelgebietes, sondern auch die litauisch-polnischen Probleme dargestellt.⁶⁰

Der erste Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen wurde bereits 1923 abgeschlossen. Während Berlin diesen Vertrag ratifizierte, setzte ihn Litauen nicht in Kraft:

„Anfang März 1926 teilte das Auswärtige Amt dem Litauischen Gesandten Sidzikauskas ultimativ mit, dass das Reich bereit sei, der litauischen Regierung mit Repressalien zu drohen, falls Litauen weiterhin die Ratifikation verweigere. Zwei Monate danach händigte Sidzikauskas dem Auswärtigen Amt die litauische Ratifikationsurkunde aus.“⁶¹

Deutschland war am Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zwischen dem Memelgebiet und Nord-Ostpreußen interessiert, Litauen hingegen wollte das Abkommen über den Grenzverkehr mit dem zweiten Handelsvertrag koppeln. Da Litauen finanzielle Schwierigkeiten hatte, entschied sich Berlin für eine

⁶⁰ Rikako Shindo: Ostpreußen, Litauen und die Sowjetunion in der Zeit der Weimarer Republik. Wirtschaft und Politik im deutschen Osten. Berlin 2008. 888 S. (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen Geschichte. 45). Wichtig ist vor allem der 2. Teil „Ostpreußen und Litauen“, S. 231-475.

⁶¹ Ebenda, S. 378.

Unterstützung Litauens, um ein Abdriften nach Polen - und damit eine Einkreisung Ostpreußens - zu verhindern.

Aus diesem Grunde wurden - vorläufig - die Beschwerden über die Lituanisierungspolitik im Memelgebiet zurückgestellt. Anfang 1927 verschärfte sich die Kriegsgefahr zwischen Polen und Litauen: „Unter diesen Umständen hielt Berlin es für notwendig, Kowno wirtschaftliche und politische Rückendeckung zu geben, um so die Existenzfähigkeit Litauens gegenüber Polen zu stärken“.⁶²

Aber die Reichsregierung ermahnte Litauen, das Autonomiestatut im Memelgebiet einzuhalten. Die deutsch-litauischen Probleme des Handelsvertrages und der Grenzsicherung wurden durch den Grenzvertrag (mit mehreren Abkommen) beigelegt. Der Vertrag wurde am 29. Januar 1928 in Berlin von Stresemann und Voldemaras unterzeichnet. Für das deutsche politische und wirtschaftliche Entgegenkommen verlangte Berlin Gegenleistungen. Stresemann forderte Voldemaras auf:

„Erstens sollte Litauen auf die Lituanisierungspolitik im Memelgebiet verzichten, die trotz Voldemaras' Zusagen im Juli 1927 beim Völkerbundsrat nicht beendet worden war. Zweitens sollte Litauen folgende drei Wünsche Deutschlands zum Abschluss des zweiten deutsch-litauischen Handelsvertrages annehmen.... Voldemaras ging auf diese Forderungen Stresemanns schließlich ein.“⁶³

Diese Vereinbarungen wurden als geheimes Protokoll beim Abschluss der Grenzverträge von Stresemann und Voldemaras unterzeichnet. Aber: „Das Reich wollte jedoch keineswegs auf seinen Anspruch auf Rückgabe des Memelgebietes verzichten“.⁶⁴

Hier werden die Unterschiede zwischen der Strategie und der Taktik deutlich: Berlin verfolgte die Strategie, unbedingt eine Wiederherstellung der polnisch-litauischen Union zu vermeiden und den Anspruch auf eine Rückgabe des Memelgebietes nicht aufzugeben, taktische Mittel waren die politische und wirtschaftliche Stabilisierung Litauens und der Grenzvertrag.

Die ‚Chemie‘ zwischen Stresemann und Voldemaras dürfte gestimmt haben. Aber beide Akteure schieden aus dem politischen Leben aus: Stresemann starb 1929 und Voldemaras wurde von Präsident Smetona (gleichfalls 1929) ins Exil geschickt. Hellmann urteilt über Voldemaras:

„Der maßgebende Mann der neuen Regierung war zunächst Voldemaras, der sowohl die Außenpolitik als auch die Innenpolitik des Staates bis 1929 leitete; dann stürzte er über seine von ihm als notwendig erkannte Ver-

⁶² Ebenda, S. 380.

⁶³ Ebenda, S. 386.

⁶⁴ Ebenda, S. 238.

ständigensbereitschaft mit Polen und mit dem Deutschen Reich, sowie über seine immer stärker hervortretende Neigung zu diktatorischer Alleinherrschaft ...“⁶⁵

Man mag darüber spekulieren, wie sich die deutsch-litauischen Beziehungen entwickelt hätten, wenn beide Politiker ihren eingeschlagenen Kurs beibehalten hätten.⁶⁶

b) Die Selbstisolierung Litauens:

Aus heutiger Sicht mag es eigenartig anmuten, dass das Deutsche Reich bei der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Republik Litauen mit der Sowjetunion kooperierte, während England und Frankreich sich für Polen und damit gegen Litauen aussprachen. Abgesehen von dieser Konstellation hat sich Litauen in der Wilna-Frage im Völkerbund selbst isoliert und sogar als katholisches Land die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abgebrochen.

Es fanden im Sommer und im Herbst 1928 polnisch-litauische Konferenzen in Königsberg statt, die ergebnislos verliefen, obgleich der deutsche Gesandte in Kaunas, Morath, eine energische Demarche bei der litauischen Regierung unternahm. Auf Grund der Juni-EntschlieÙung sah sich der litauische Ministerpräsident auf der Genfer Ratstagung des Völkerbundes im September 1928 vor ein politisches Ultimatum der Westmächte gestellt.

Der britische Vertreter in Genf teilte Voldemaras mit:

„...dass die litauische Regierung infolge ihrer provokanten Haltung nicht nur die Unterstützung der britischen Regierung, sondern auch die Sympathie aller Mitglieder des Völkerbundes gänzlich verloren habe. Das einzige, was die britische Regierung Litauern unter diesen Umständen noch raten könne, sei die Fortführung der Verhandlungen mit Polen über die Wiederherstellung des direkten Verkehrs und des Handels.“⁶⁷

Trotz dieser massiven Kritik beharrte Litauen darauf, dass der direkte Verkehr zwischen Kaunas und Wilna - auf den Polen größten Wert legte - nicht von wirtschaftlicher, sondern politischer Bedeutung war. Polen wollte auf diese

⁶⁵ Hellmann, S. 156.

⁶⁶ Plieg beschreibt das Verhältnis Stresemann - Voldemaras wie folgt: Vor der Behandlung der Memelproblematik im Völkerbund am 15. Juni 1927 kam es zu einem persönlichen Gespräch zwischen Stresemann und Voldemaras, „bei der dieser den Willen zu erkennen gab, die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Im Namen seiner Regierung sagte er vor dem Völkerbundsrat zu, der neue Landtag werde bis Ende September 1927 gebildet sein, das Wahlrecht werde auf dem Memelstatut beruhen, ... Mit dieser Erklärung hielt Stresemann die Beseitigung der memelländischen Beschwerdepunkte für gegeben. Eine weitere Unterredung mit Voldemaras in Berlin am 21. Juni 1927 bestärkte den deutschen Außenminister in seiner optimistischen Auffassung.“ (Plieg, S. 40 f.)

⁶⁷ Shindo, S. 430 f.

Weise Litauen zur Kapitulation in der Wilna-Frage zwingen. Letzte Folge der litauischen Kapitulation wäre gewesen, dass Litauen - wirtschaftlich und militärisch schwächer als Polen - an Polen angegliedert würde.

Stresemann, der offensichtlich über die Nichteinhaltung der Verabredung von 1927 im Völkerbund enttäuscht war, äußerte sich gegenüber dem britischen Botschafter in Berlin:

„Lithuania: he (Stresemann) said, was identical with M. Waldemar, and M. Waldemar was perfectly impossible“.

In einer Unterredung mit Botschafter Brockdorff-Rantzau in Moskau, die nach der Juni-Sitzung des Völkerbundsrates stattfand, wies Staatssekretär Boris Stomonjakow darauf hin, dass Voldemaras trotz der wiederholten Ermahnungen Russlands zur Befolgung der Resolution des Völkerbundsrates seine Haltung nicht geändert habe, und pflichtete Stresemann bei: „Voldemaras ist ja ein verrückter Kerl. Der litauische Staat, der infolge des diplomatischen Fehlverhaltens seines Ministerpräsidenten in eine äußerst ungünstige Lage im Völkerbund versetzt wurde, sollte, wie Brockdorff-Rantzau hinwies, jetzt unweigerlich selbst die Konsequenzen tragen.“⁶⁸

Ohne die weiteren Spannungen zwischen Polen und Litauen nachzuvollziehen sei lediglich auf die ‚Lösung‘ des Wilna-Problems hingewiesen: Auf Grund eines Zwischenfalles an der ‚Administrationslinie‘ am 17. März 1938 (Plieg nennt den 11. März), bei dem ein polnischer Soldat erschossen wurde, richtete die polnische Regierung ein Ultimatum an Litauen und forderte, innerhalb kürzester Frist diplomatische Beziehungen mit Warschau aufzunehmen.⁶⁹ Die litauische Regierung fragte in Moskau, London, Paris und Berlin an, ob Hilfe zu erwarten sei. Der litauische Gesandte fragte bei der deutschen Regierung um einen freundschaftlichen Ratschlag. Außenminister von Ribbentrop bezeichnete die Note als „sehr maßvoll“ und empfahl die bedingungslose Annahme des polnischen Vorschlages. Eine Vermittlung in dem Konflikt lehnte Ribbentrop ab.⁷⁰ Da auch die Sowjetunion nicht daran dachte, Litauen zu unterstützen, war es gezwungen, das Ultimatum anzunehmen und Gesandte auszutauschen. Damit war faktisch der Verfassungsanspruch, Wilna sei die Hauptstadt der Republik Litauen, aufgegeben. Hier wurde die Selbstisolierung Litauens deutlich.

Eine weitere Isolierung bestand darin, dass Litauen seine diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abbrach. Auf Grund der Polnisch-Litauischen Union

⁶⁸ Ebenda, S. 425.

⁶⁹ Plieg, S. 101 ff.; Hellmann, S. 165 ff. Die erste Fassung des Ultimatums war wesentlich schärfer, so Plieg, S. 191.

⁷⁰ Plieg, S. 192.

war und ist die Bevölkerung überwiegend katholisch, die Letten und Esten sind protestantisch. Der Vatikan hat erst am 10. November 1922 Litauen anerkannt. Die litauische Regierung bemühte sich um die Begründung einer eigenen Kirchenprovinz unter Einschluss des Wilna-Gebietes. Durch das Konkordat mit Polen 1925 wurde Wilna dem Primas der polnischen Kirche unterstellt. Die litauische Regierung legte Protest ein und brach die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan ab. Am 4. April 1926 erließ Papst Pius XI. eine Bulle, mit der eine selbständige Kirchenprovinz innerhalb der damaligen Staatsgrenzen Litauens begründet wurde; die katholische Gemeinde des Memelgebietes wurde in der Freien Prälatur Memel zusammengefasst. Die litauische Regierung weigerte sich, die getroffene Regelung anzuerkennen. Erst am 10. Dezember 1927 wurde ein Konkordat geschlossen, über dessen Interpretation ein innerlitauischer Streit ausbrach, so dass am 5. Mai 1931 sogar der Nuntius aus Litauen ausgewiesen wurde. Erst 1937 wurden normale Beziehungen mit dem Vatikan wiederhergestellt.⁷¹

Die Selbstisolierung Litauens war der verzweifelte Kampf um die Existenz der Republik Litauen. Aber man wird Hellmann beipflichten können, dass dieser Kampf gegen nahezu alle Mächte auch Ausdruck „der Unerfahrenheit der litauischen Staatsführung“ war.⁷² Auch wenn Voldemaras psychologisch nicht sehr positiv beurteilt wurde, galt er doch als der einzige litauische Politiker mit europäischem Format.

3. Deutsch-litauische taktische Maßnahmen

Das Deutsche Reich hat das Ziel der Rückgabe des Memelgebietes - ähnlich wie die Bundesrepublik die Wiederherstellung der deutschen Einheit - seit Versailles nicht aufgegeben. Umgekehrt hat die Republik Litauen ständig versucht, das Memelgebiet in den litauischen Staat einzugliedern. Beide Seiten haben taktische Mittel eingesetzt, um ihr Ziel zu erreichen. Deutschland hatte das Saargebiet, die Rheinlandbesetzung, die Wehrhoheit, die Berliner Olympiade, die Eingliederung Österreichs und die Sudetenkrise zu seinen Gunsten entschieden.⁷³ Die deutschen und litauischen taktischen Maßnahmen sind so ineinander verwoben, so dass sie nicht einwandfrei getrennt werden können.

⁷¹ Hellmann, S. 159 ff.

⁷² Ebenda, S.154.

⁷³ Plieg weist auf S. 191, Fußnote 4 darauf hin, dass Hitler dem Chef des OKW (Oberkommando der Wehrmacht) am 17. März 1938 den Befehl erteilte, in einem Konfliktfall zwischen Polen und Litauen entsprechende Weisungen vorzubereiten. Gegen Bedenken bekam der Generalstab den Befehl, einen Plan für die Besetzung nicht nur des Memelgebietes, sondern auch von Südwest-Polen bis an die Dubysa auszuarbeiten. Offensichtlich wollte Berlin verhindern, dass Polen das Memelgebiet und damit den Hafen Memel erobert. Das

Deutschland versuchte immer wieder Litauen zu veranlassen, die Autonomie des Memelgebietes zu respektieren, Litauen wollte die vollständige Integration - insbesondere durch die Schul- und Beamtenpolitik - erreichen, der Kriegszustand und der Neumann-Sass-Prozess waren weitere taktische Instrumente. Eine isolierte Betrachtung der Beziehungen zwischen Litauen und dem Memelgebiet ist unvollständig, denn es muss auch die Beziehung des Reiches zu Litauen und das Wilnagebiet berücksichtigt werden.⁷⁴

Die deutsche Außenpolitik befand sich in einer Zwickmühle: Einerseits hat sie - zusammen mit Moskau - Litauen im Völkerbund gegen die polnischen Vorschläge der verkehrsmäßigen Öffnung der Verbindung Kaunas-Wilna unterstützt, andererseits musste Berlin die Beschwerden des Memelländischen Landtages im Völkerbundsrat nachdrücklich vertreten. Berlin forderte wiederholt die litauische Regierung auf, die Litauisierungspolitik im Memelgebiet einzustellen, das galt insbesondere für das Schulwesen und die Entlassung von Lehrern, die die litauische Sprache nicht beherrschten. Auf Grund der zweiten Landtagswahl am 30. August 1927 entfielen auf die deutsche Liste 84% der Stimmen (= 24 Sitze), auf die litauische Liste 16% der Stimmen (= 5 Sitze) im Landtag.⁷⁵ Die Mehrheitsparteien schlugen sechs Memelländer als Landespräsidenten vor, denen der neue Gouverneur Merkys sechs nationallitauische Kandidaten gegenüberstellte. Als die Mehrheitsparteien ankündigten, Beschwerde beim Völkerbund einzulegen,

*„(drohte) Merkys sie als Verräter behandeln zu wollen,... Die Absicht, in Genf Beschwerde zu erheben, fand nicht nur Widerspruch der litauischen Abgeordneten, sondern auch den des Ministerpräsidenten Voldemaras, der im Juni (1927) zugesagt hatte, die Regierung werde ein statutgemäßes Direktorium bilden lassen, jetzt aber erklärte, unter der „Drohung mit Genf“ könne man nicht verhandeln.“*⁷⁶

Und bei Shindo heißt es:

*„In Kowno bemühte sich der deutsche Gesandte dennoch bis zur letzten Stunde, die litauische Regierung zur Demokratisierung seiner Memelpolitik zu überreden.“*⁷⁷

Im Übrigen erklärten Gouverneur Žalkauskas und Oberstaatsanwalt Schwelinus: „... die Versprechungen Voldemaras' in Genf seien für sie unverbindlich

Deutsche Reich plante keinen eigenen Angriffskrieg gegen Litauen, sondern wollte nur dann eingreifen, wenn Polen Litauen militärisch attackierte.

⁷⁴ Shindo, S. 446-453, Abschnitt „Die Memel- und die Wilnafrage im Völkerbund 1930.

⁷⁵ Gornig, S. 54, Fußnote 247.

⁷⁶ Plieg, S. 42.

⁷⁷ Shindo, S. 450.

bzw. seien ihnen nicht bekannt“.⁷⁸ Dieses `Spiel` zwischen der Regierung Litauens und der Reichsregierung wiederholte sich 1930/31: Zusammen mit Moskau stützte Berlin die litauische Politik im Völkerbund gegenüber Polen, zugleich bestanden aber Spannungen im Memelgebiet.

Der sowjetische Diplomat Stomonjakov erwartete,

„daß Litauen als Gegenleistung für die deutsche Unterstützung in der Transitfrage (Kaunas-Wilna) dem Wunsch Deutschlands nach der Memelautonomie entgegenkommen sollte. ... (Deutschlands) Unterstützung sollte jedoch ausschließlich davon abhängen, inwieweit Litauen darauf eingehen werde, die Lituanisierungspolitik im Memelgebiet aufzuheben.“⁷⁹

Auch hier wird deutlich, dass nicht erst Hitler auf das kleine Memelgebiet aufmerksam machte, sondern seit Versailles sämtliche Reichsregierungen im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten die Rückgliederung der abgetretenen Gebiete forderten.

Die Reichsregierung lenkte den Völkerbundsrat auf die Verletzungen des Autonomiestatuts, darüber sollte in der nächsten Sitzung beraten werden. Gegen diesen Antrag der deutschen Delegation vom 20. September 1930 widersetzte sich Litauen, aber das Juristenkomitee des Völkerbundes bestätigte die Rechtmäßigkeit des deutschen Antrages:

„Dadurch war Litauen der Rückzug abgeschnitten. (Außenminister) Zaunius versuchte nun, durch unmittelbare Verhandlungen mit dem deutschen Außenminister außerhalb der geplanten Ratssitzung zu einer Einigung zu kommen, um so die offene Behandlung in der Ratssitzung zu vermeiden. Diesem Wunsch Litauens wurde durch Curtius⁸⁰ Rechnung getragen.“⁸¹

Curtius forderte den litauischen Außenminister Dovas Zaunius auf, demokratische Wahlen am 10. Oktober 1930 durchzuführen. „Zaunius erklärte, dass seine Regierung bereit sei, auf den Wunsch Deutschlands einzugehen“.⁸² Offensichtlich gewarnt durch die Vereinbarung Stresemann - Voldemaras 1927 wurde in Anwesenheit des Untergeneralsekretärs des Völkerbundsrates ein Protokoll von Curtius und Zaunius unterzeichnet.

⁷⁸ Plieg, S. 42.

⁷⁹ Shindo, S. 449 ff.

⁸⁰ Der Jurist Julius Curtius (1877-1948) war 1926-1929 Reichswirtschaftsminister und nach dem Tod von Stresemann von 1929 bis 1931 Reichsaußenminister.

⁸¹ Shindo, S. 451.

⁸² Ebenda, S. 451

„Darin akzeptierte Zaunius die deutschen Forderungen, insbesondere die Einhaltung der demokratischen Wahlordnung, die Gewährung der Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit, sowie die sofortige Umbildung des Landesdirektoriums. ... Somit gelang es dem litauischen Außenminister abermals, die Behandlung des Autonomiestreits in der Ratssitzung zu vermeiden. Im Gegensatz zu den Erwartungen Deutschlands wurden jedoch die Zusagen, sowohl die Demokratisierung des Wahlsystems als auch der Rücktritt von Reisgys, nicht eingehalten. ... Die nachgiebige Erklärung des litauischen Außenministers in Genf hatte in Kowno stürmische Gegenwehr hervorgerufen. Man warf Zaunius vor, angesichts des deutschen Drucks kapituliert zu haben und forderte seinen sofortigen Rücktritt.“⁸³

Die Landtagswahl am 10 Oktober 1930 ergab ein Sitzverhältnis von 24 deutschen und 5 litauischen Sitzen. Auf Grund dieses Wahlergebnisses wurde ein deutsches Direktorium mit dem Präsidenten Otto Böttcher gebildet. Unachtsamkeiten und mangelndes diplomatisches Fingerspitzengefühl gab Merkys die Gelegenheit, gegen Böttcher vorzugehen.⁸⁴

Die Weltwirtschaftskrise und der deutsche Wirtschaftsboykott gegenüber Litauen hatte nicht nur die Republik, sondern auch das Memelgebiet hart getroffen, zumal - wie dargelegt - Litauen geschickt den Schweineexport von Deutschland auf England umlenkte und bei der Auswahl die deutschfreundlichen Landwirte benachteiligte. In dieser Situation reiste Böttcher im Dezember 1931 als Genossenschaftsvertreter nach Berlin und führte über die Absatzmöglichkeiten Verhandlungen. Der entscheidende ‚Fehltritt‘ war, dass er am 18. und 19. Dezember 1931 „im Reichsernährungsministerium vorsprach, in der Hoffnung, den Export von Schweinen, Rindern und Käse nach Deutschland in die Wege leiten zu können“.⁸⁵ Außenminister Zaunius berief eine Konferenz ein, in der „die Absetzung Böttchers beschlossen, die Liquidation der unnormalen Lage im Memelgebiet planmäßig vorbereitet und sorgfältig erwogen wurde“.⁸⁶ Es wurde die Ansicht vertreten, dass es sich nicht um wirtschaftliche, sondern um politische Verhandlungen gehandelt habe. Aus einer - in wirtschaftlicher Hinsicht sinnvollen Reise nach Berlin - wurde eine ‚Staatsaffäre‘, die sogar den Internationalen Gerichtshof in Den Haag beschäftigte.

Sowohl im Memelgebiet als auch in Kaunas gab es antideutsche Emotionen und Ausschreitungen, die deutsche Gesandtschaft bemühte sich vergeblich um

⁸³ Ebenda, S. 452.

⁸⁴ Plieg, S. 68-85.

⁸⁵ Ebend, S.70.

⁸⁶ Ebenda, S. 71.

eine Deeskalation. Litauen wandte sich an die Signatarmächte der Memelkonvention (Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan), die in Genf mit dem litauischen Vertreter verhandelten. Am 6. Februar 1932 setzte Gouverneur Merkys Böttcher ab. Da er sich weigerte, wurde er festgenommen und in einer Kaserne interniert und nach zwei Tagen unter Hausarrest gestellt. Bei den Verhandlungen um das neue Direktorium begann Merkys mit der Frage: „ob die Mehrheitsparteien sich fügen oder den offenen Kampf wollten. Die enge Verbindung zwischen dem Direktorium und dem Generalkonsulat sei unhaltbar“.⁸⁷ In dieser Situation empfahl das Auswärtige Amt den Verhandlungsweg, damit ein Präsidentschaftskandidat aus den Reihen der Mehrheitsparteien vorgeschlagen werden kann. Die deutsche Delegation in Genf drängte auf eine Behandlung im Völkerbund, die den Norweger Colban beauftragte, einen Bericht zu erstatten. Er ließ durchblicken, dass eine Verhandlung vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag angebracht sei.

Böttcher trat am 23. Februar 1932 zurück. Merkys ernannte am 27. Februar 1932 Eduardas Simaitis zum Präsidenten, dem es gelang, das Direktorium mit litauischer Mehrheit zu bilden. „Die Versuche, ein statutgemäßes Direktorium zu bilden, waren damit gescheitert. ... Das Ziel der litauischen Regierung, das Direktorium Böttcher durch ein rein litauisches zu ersetzen, war erreicht“.⁸⁸ Die Reichsregierung unter Kanzler Heinrich Brüning (1885-1970) kündigte an: „... falls die litauische Regierung nicht statutgemäße Zustände herstelle und sich nicht an ihre internationalen Verpflichtungen halte, werde er nicht zögern, im geeigneten Augenblick Repressivmaßnahmen gegen Litauen zu ergreifen“.⁸⁹ Der Höhepunkt der deutsch-litauischen taktischen Maßnahmen war erreicht.

Vytautas Žalys weist darauf hin, dass

*„Deutschland offen den Weg der Revision des Versailler Vertrages einschlug. Berlins Druck auf Litauen und seine Einmischung in die Angelegenheiten des Memelgebietes nehmen seit 1930 von Tag zu Tag zu. ... Konfrontiert mit der offenen Mißachtung ihrer Interessen und mit den Gefahren für die Souveränität Litauens im Memelgebiet, beschloß die litauische Regierung ... einen härteren Kurs im Memelgebiet einzuschlagen.“*⁹⁰

Zu dem härteren Kurs gehörte der ‚Präzedenzfall Böttcher‘, der

„die Frage beantworten sollte, ob die litauische Regierung imstande sei oder nicht, das Direktorium und seine Präsidenten abzusetzen. ... Es war

⁸⁷ Ebenda, S. 75.

⁸⁸ Ebenda, S. 79.

⁸⁹ Ebenda, S. 80.

⁹⁰ Žalys, S. 53 und 55 (da es sich um litauisch-deutsche Ausgabe handelt, springt die Seitenzahl).

*eigentlich ein Versuch, die formellen Verstöße des Präsidenten des Direktoriums gegen das Statut auszunutzen, um die Macht des Memelländischen Landtages einzuschränken.*⁹¹

Es wird deutlich, dass nicht erst Hitler, sondern bereits die Weimarer Republik diplomatischen Druck ausübte und dass die litauische Regierung geschickt und konsequent den ‚Fehltritt‘ von Böttcher in Berlin zu seinen Gunsten ausnutzte - eine legale taktische Maßnahme.

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen - wir verweisen auf Plieg, da Žalys diesen Vorgang nur kurz behandelt, - reichten die Gesandten der Signatarmächte am 11. April 1932 Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein. Von den zur Entscheidung vorgelegten sechs Fragen sind Punkt eins und sechs besonders wichtig:

„1. ob der Gouverneur des Memelgebietes das Recht besitzt, den Präsidenten des Direktoriums abzuberaufen;

6. ob die Auflösung des Landtags, die am 22. März 1932 durch den Gouverneur des Memelgebietes vorgenommen worden ist, ...ordnungsgemäß ist.“⁹²

Am 11. August 1932 hat der Permanent Court of International Justice in Den Haag mit 10 gegen fünf Stimmen⁹³ wie folgt entschieden:

„Punkt 1 und 2: Dem Gouverneur wurde das Recht zuerkannt, unter gewissen Umständen den Präsidenten des Direktoriums abzuberaufen.

Punkt 6: ...Ein Direktorium, das mit dem Vertrauen des Landtages amtiert, nannte das Gericht „Sprachrohr der einheimischen Tendenzen und des einheimischen Standpunkts“ „,

Ohne Zustimmung eines solchen Direktoriums, so folgerte der Gerichtshof aus Artikel 12 des Memelstatuts, dürfe der Gouverneur den Landtag nicht auflösen. *Der Gerichtshof entschied daher, die Auflösung des Landtags sei nicht ordnungsgemäß gewesen.*⁹⁴

Der Gerichtshof hat ein ‚gespaltenes‘ Urteil gefällt: Der Gouverneur hat das Recht, unter gewissen Umständen den Präsidenten des Direktoriums abzuberaufen - in diesem Fall Böttcher -, aber hat nicht das Recht, den Landtag aufzulösen. Vytautas Žalys bewertet dieses Urteil wie folgt:

„Ohne dieses Urteil (...) ausführlich zu kommentieren, sei festgehalten, daß Kaunas eine Möglichkeit sah, seine Interessen in Memel künftig mit effektiveren Mitteln zu verteidigen. Hingegen wirkte der Urteilspruch auf

⁹¹ Ebenda, S. 55.

⁹² Plieg, S. 82.

⁹³ J. P. Fockema Andreae: An important chapter from the history of legal interpretation. Leyden 1948. S.147 und 208/209.

⁹⁴ Plieg, S. 83 f.

die Mehrheit im Landtag wie „eine kalte Dusche“, bedeutete es doch, daß ihr „Betreuer“ von jenseits der Memel noch nicht so mächtig war, wie es die „Autonomisten“ wünschten.“⁹⁵

Während die litauische Regierung mit diesem Urteil zufrieden war, schätzten die Memelländer die ‚Böttcheriade‘ anders ein. Bei den Wahlen zum Landtag erhielten 1930 die deutschen Listen ungefähr 40.000 Stimmen, im Sommer 1932 nahezu 54.000 Stimmen.

Dieser Stimmenzuwachs war eine unmittelbare Folge der ‚Böttcheriade‘, die bei den deutschen Memelländern große Unzufriedenheit verursacht und auch nicht wenige einheimische Litauer auf deren Seite gebracht hatte.⁹⁶ Žalys erwähnt nicht, dass mehr als 6.000 Litauer in das Memelgebiet einwanderten und die Rechtstellung ‚Bürger des Memelgebietes‘ erhielten und damit wahlberechtigt waren.⁹⁷ Das Urteil aus Den Haag war ein Pyrrhussieg, denn das Recht des Gouverneurs, den Präsidenten des Direktoriums abzusetzen, war sehr teuer erkauf.

Das deutsche Generalkonsulat hatte eine sehr starke Stellung im Memelgebiet, das heißt, dass die memelländischen Parteien engen Kontakt zum jeweiligen Generalkonsul hielten. Am 15. Januar 1932 unterrichtete der litauische Gesandte in Berlin die deutsche Regierung, „daß die weitere Dienstausbübung von Dr. Otto Toepke in Memel mit den guten Beziehungen zwischen beiden Staaten unvereinbar sei“.⁹⁸ Das Auswärtige Amt teilte am 20. Januar 1932 mit, dass sie dem Wunsch der litauischen Regierung nicht entsprechen werde. Es begann der ‚Krieg um den Konsul‘, so Žalys. Es ist ein in der Diplomatie ungewöhnlicher Vorgang; denn wenn ein Diplomat vom Gastland zur persona non grata erklärt wird, dann wird dieser abberufen. Die Weimarer Republik - nicht Hitler - beugte sich nicht dem litauischen Verlangen; Gouverneur Merkys schied im Mai 1932 aus, Generalkonsul Toepke ging im Herbst 1932 in Urlaub und kehrte nicht nach Memel zurück. Dieser Vorgang zeigte, „wie schwach und instabil die Position der zentralen Staatsmacht (in Kaunas) im Memelgebiet war“.⁹⁹

Die Landtagswahl am 4. Mai 1932 brachte keine Veränderung in der Sitzverteilung im Landtag: 24 Sitze entfielen auf die deutsche und fünf Sitze auf die litauische Liste. Unter der Präsidentschaft von Dr. Otto Schreiber¹⁰⁰ wurde das

⁹⁵ Žalys, S. 55.

⁹⁶ Ebenda, S. 57.

⁹⁷ Plieg, S. 87.

⁹⁸ Žalys, S. 57.

⁹⁹ Ebenda, S. 59.

¹⁰⁰ Dr. Ottomar Schreiber war Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Memel, nach der Gründung der Bundesrepublik im ersten Kabinett von Kanzler Adenauer wurde er Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium in Bonn

zweite deutsche Direktorium gebildet. Da wir uns mit der ‚Böttcheriade‘ relativ ausgiebig befasst haben, soll die Präsidentschaft von Schreiber (1933-34) nur kurz behandelt werden.¹⁰¹ Dr. Schreiber wurde attackiert, da er 1920 aus Marienburg (Westpreußen) zugezogen war. Es war „ein propagandistischer Aufmarsch von bis dahin unbekanntem Ausmaßes“.¹⁰² Jonas Navakas (Gouverneur 1933-35), der einen härteren Kurs im Memelgebiet verfolgte, drohte, das Staatsschutzgesetz (Gesetz zum Schutz von Volk und Staat vom 8. Februar 1934) anzuwenden, was seine Verhaftung bedeuten konnte. Am 28. Juni 1934 verlangte Gouverneur Navakas den Rücktritt von Schreiber. Als dieser sich weigerte, wurden die Amtsräume des Direktoriums polizeilich besetzt und Schreiber unter Hausarrest gestellt. Zum Präsidenten des Direktoriums ernannt Navakas den Landwirt Martynas Reisgys. „Mit Dr. Schreibers Absetzung war auch das zweite rein memelländische Direktorium beseitigt“.¹⁰³

Es waren litauische taktische Maßnahmen, Böttcher und Schreiber abzusetzen und litauische Direktorien zu bilden. Damit sollte das langfristige (strategische) Ziel der vollständigen Integration des Memelgebietes erreicht werden - nach Žalys war es eine künftige „großlitauische Kolonisierung des Memelgebietes“.¹⁰⁴

Am 29. September 1935 erfolgte die fünfte Wahl zum Memelländischen Landtag. Weiterhin erhielten die memeldeutschen 24 und die litauische Liste 5 Sitze, die Prozentanteile veränderten sich nur geringfügig. Auch auf die Wahlperiode 1935-38 soll nur kursorisch eingegangen werden.¹⁰⁵

Im Frühjahr 1935 ging der Neumann-Sass-Prozess zu Ende. Die Bildung des Direktoriums und die Berufung des Präsidenten signalisierten das Ende der ‚taktischen Spiele‘. Vladas Kurkauskas (Gouverneur 1935-36) schlug drei Memellitauer als Präsidenten des Direktoriums vor, die vom Landtag abgelehnt wurden. Danach fragte der Gouverneur August Baldschus¹⁰⁶, ob er nicht das Amt des Präsidenten übernehmen wolle. Baldschus lehnte ab, erst auf Grund einer erneuten Anfrage des Gouverneurs war er hierzu bereit. In dem von Baldschus gebildeten Direktorium am 28. November 1935 waren nur Memeldeutsche vertreten. „Der Gouverneur protestierte weder gegen die Er-

¹⁰¹ Plieg, S. 86-106. Žalys geht auf Schreiber nicht ein.

¹⁰² Ebenda, S.100.

¹⁰³ Ebenda, S. 105.

¹⁰⁴ Žalys, S. 63.

¹⁰⁵ Plieg, S. 170-190.

¹⁰⁶ August Baldschus stammt aus Petrellen, wo ich geboren bin. Ich kann mich noch gut an ihn erinnern: Wohlbeleibt, des Essens und Trinkens sowie der Jagd zugetan. Er sprach einwandfrei Deutsch und Litauisch.

nennung des ehemaligen Sovog-Mitgliedes¹⁰⁷ Sziegauđ noch dagegen, dađ die litauische Minderheit des Memelgebietes unberücksichtigt blieb“.¹⁰⁸ Als vorđringliche Aufgabe bezeichnete Baldschus die Wiederherstellung der autonomen Verwaltung:

„Wir werden uns dabei von dem Bewuđtsein leiten lassen, dass nach dem Sinne unseres Autonomiestatuts unser Gebiet nach demokratischen Grundsätzen, also nach den Wünschen seiner Mehrheit verwaltet werden muđ und nicht nach den Willen einer kleinen Minderheit, wie das in den letzten anderthalb Jahren der Fall war. Wir werden aber auch in unserer Arbeit uns von dem ernstesten Willen leiten lassen, auch alle Pflichten zu erfüllen, die dem Memelgebiet und seiner Verwaltung als einen Teil des litauischen Staates obliegen, und wir werden uns auch bei dieser Seite unserer Arbeit in Übereinstimmung mit der gewaltigen Mehrheit der Memelländer wissen, deren Vertrauen wir durch die gewählten Vertreter erhalten haben.“¹⁰⁹

Es war eine ausgewogene Regierungserklärung von August Baldschus. Bereits am 4. Dezember 1935 wurde der Schulreferent, der frühere Landespräsident Simaitis an eine litauische Schule versetzt, am 6. Dezember 1935 wurden 27 litauische Amtsvorsteher und zwei Landräte durch Memelländer ersetzt. - Auf die weiteren Schritte und Maßnahmen soll nicht eingegangen werden, da Plieg sie detailliert dargestellt hat.

Das Direktorium Baldschus hat von 1935 bis 1938 amtiert. Es ist das einzige, rein memeldeutsche Direktorium, das trotz aller Hindernisse erfolgreich die Autonomie wiederherstellte. Resignierend stellt Žalys fest, dass 1935 „die letzte Etappe „des Kampfes um Memel“, die als Etappe der „allmählichen Kapitulation“ bezeichnet werden könnte“.¹¹⁰ Am Ende dieser Entwicklung stand die Rückgliederung des Memelgebietes am 22. März 1939.

Wir haben die Frage aufgeworfen, warum Litauen im Memelgebiet gescheitert ist. Eigentlich müsste man fragen: warum *musste* Litauen im Memelgebiet scheitern? Das Scheitern bestand nicht darin, dass fundamentale Fehler sowohl auf deutscher als auch auf litauischer Seite gemacht wurden. Diese haben das Scheitern begünstigt, aber selbst ohne diese Fehler wäre es Litauen nicht ge-

¹⁰⁷ SOVOG = Sozialistische Volksgemeinschaft des Memelgebiets unter der Leitung von Dr. Neumann. Die andere pronationalsozialistische Organisation war die CSA = Christlich-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft des Memelgebiets unter Leitung von Pfarrer Freiherr von Sass.

¹⁰⁸ Plieg, S. 172.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 173-190.

¹¹⁰ Žalys, S. 83.

lungen, das Memelgebiet in den litauischen Staat zu integrieren. Das bedeutet, dass *Strukturfehler* - man könnte auch von ‚genetischen Fehlern‘ sprechen - vorlagen, die nicht dem Willen der Bevölkerung entsprachen. Frankreich führte strategische und Litauen ethnische Gründe ins Feld. Diese Argumente gingen in den Versailler Friedensvertrag ein und führten zu Strukturfehlern, die Litauen nicht überwinden konnte.¹¹¹

Nachdem die Würfel in Versailles gefallen waren, nachdem Litauen das Memelgebiet besetzt hatte und nachdem die Botschafterkonferenz dieses anerkannt hatte, haben sowohl Deutschland als auch Litauen (langfristige) Strategien entwickelt, die durch (kurzfristige) taktische Maßnahmen unterlegt wurden.

Die deutsche Strategie hatte drei Komponenten: Einmal musste verhindert werden, dass sich Polen in Memel festsetzt, zum anderen waren das Memelgebiet und Litauen die Brücke zur Sowjetunion bzw. Russland und schließlich ging man in Berlin davon aus, dass auf längere Sicht das Memelgebiet an das Reich zurückgegliedert werden würde. Man kann es bildlich beschreiben, dass das Memelgebiet bei Litauen ‚geparkt‘ wurde. Deutschland spielte auf Zeit und unterfütterte diese mit taktischen Maßnahmen. Allerdings befand sich Berlin in einem Dilemma: Absolute Priorität hatte das außenpolitische Ziel, eine Expansion Polens zu verhindern. Da die Sowjetunion das gleiche Ziel verfolgte, kooperierte man mit Moskau. Daher mussten die deutschen Interessen im Memelgebiet zurückstehen. Stresemann war um einen Ausgleich mit Voldemaras bemüht. Aber Stresemann starb und Voldemaras wurde von Smetona im gleichen Jahr ins Exil geschickt. Damit waren die personellen Voraussetzungen für einen deutsch-litauischen Ausgleich entfallen, die Scharfmacher gewannen die Oberhand.

Spätestens mit dem polnischen Ultimatum von 1938, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und damit faktisch die Annexion des Wilnagebietes anzuerkennen, musste Kaunas klar sein, dass die Alliierten die Litauische Republik auch nicht gegenüber Deutschland stützen würden. Die deutsche Strategie war aufgegangen. Die britische Regierung hat am 15. Mai 1939 zugestimmt, dass das Memelgebiet mit dem Deutschen Reich vereinigt wurde (... to recognise de jure the German annexation of Memel).¹¹²

¹¹¹ Jeder historische Vergleich ist problematisch: Die militärisch und ideologisch bedingte Teilung Deutschlands in zwei Staaten war letztlich ein Strukturfehler, der trotz aller ideologischen Argumente keinen dauerhaften Bestand hatte und haben konnte.

¹¹² Gornig, S. 244.

Die litauische Strategie ist mit taktischen Maßnahmen eng verwoben: Litauen hatte von Anfang an das Ziel, das Memelgebiet zu integrieren. Da dieses die Alliierten bzw. der Völkerbund verhinderten, musste Ministerpräsident Galvanuskas 1922 die Erklärung über den Minderheitenschutz und 1924 den Autonomiestatus des Memelgebietes (Memelkonvention) akzeptieren. Damit waren der vollen Integration Hindernisse in den Weg gelegt. Im Gegensatz zu Deutschland konnte Litauen nicht auf Zeit spielen. Aus diesem Grund hat Litauen immer wieder versucht, mit taktischen Maßnahmen die Memelautonomie auszuhöhlen. Ansatzpunkte waren die Schul-, Beamten- und Sprachenpolitik. Mit dem Staatsschutzgesetz von 1934 - im Memelgebiet ‚Zuchthausgesetz‘ genannt - wurde die rechtliche Grundlage für die Verfolgung der memeldeutschen Parteien gelegt. Dieses führte zum Neumann-Sass-Prozess 1934/35. Aber die zu langjährigen Zuchthausstrafen Verurteilten wurden schrittweise bis 1938 freigelassen.

Die häufig anzutreffende These, das NS-System und Hitler haben den Konfrontationskurs gegen Litauen gefahren, ist unzutreffend. Das Deutsche Reich hat sich von Anfang an bemüht, die Versailler Friedensbedingungen aufzulockern. Reichskanzler Brüning hat bereits 1932 Litauen Repressionsmaßnahmen angedroht. Dieses haben die neueren litauischen Historiker anerkannt, denn treffend stellt Žalys fest:

„Bei der Analyse der Gründe des Mißerfolgs Litauens im Memelgebiet darf man nicht alles nur auf ständige Einmischung Deutschlands in die Angelegenheiten des Gebietes oder auf Terror durch die Nazis zurückführen. Die Ursachen des Scheiterns liegen, wie wir schon erwähnt haben, bedeutend tiefer: im sozialen, politischen, Traditions- und sogar im psychologischen Bereich. Von ausschlaggebender Bedeutung für den Mißerfolg der Zentralgewalt war dabei der Verlust des litauischen Memeländers.“¹¹³

Während Deutschland auf Zeit spielte, die für sie arbeitete, musste Litauen ihr Integrationsziel möglichst kurzfristig realisieren. Anfang der dreißiger Jahre schien die Situation günstig: Das Urteil des Internationalen Gerichtshofes, das Staatsschutzgesetz, der Neumann-Sass-Prozess und der ‚starke‘ Gouverneur Navakas sollten das strategische Ziel realisieren, dass aus dem autonomen Memelgebiet ein ganz normaler Verwaltungsbezirk der Republik Litauen wird. Dieses strategische Ziel war nicht erreichbar. Nach 1935 bröckelte die litauische Macht und am 22. März 1939 erfolgte die Rückgliederung des

¹¹³ Žalys, S. 89.

Memelgebietes. Die deutsche Strategie war erfolgreich, die litauische war gescheitert.

V. Eine Nachbetrachtung: ‚Die List der Weltgeschichte‘

In der Geschichtswissenschaft ist es verpönt zu argumentieren: Was wäre wenn.... Zum Beispiel: Wenn 1914 die Schüsse in Sarajevo ihr Ziel verfehlt hätten; was wäre, wenn in Versailles ein klassischer (Ausgleichs-)Frieden geschlossen worden wäre; was wäre, wenn das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 geglückt hätte usw. Es ist müßig, über diese und andere Beispiele zu spekulieren.

Trotz dieser Problematik wollen wir einige Annahmen hinsichtlich des Memelgebietes machen und spekulieren: Wir gehen davon aus, dass gemäß Art. 99 des Versailler Friedensvertrages das Memelgebiet 1919 vom Reich abgetrennt, unter französische Verwaltung gestellt und 1923 von Litauen besetzt wurde, die die Botschafterkonferenz anerkannte. Wir gehen ferner davon aus, dass im März 1939 die Rückgliederung des Memelgebietes erfolgte und es bis Ende 1944 zum Deutschen Reich gehörte. Litauen wurde 1941 von deutschen Truppen besetzt, die Sowjetarmee eroberte gegen Ende 1944 Litauen und das Memelgebiet (die Stadt Memel wurde erst im Januar 1945 geräumt). Danach wurde Litauen (einschließlich des Memelgebietes) eine Sowjet-Republik, die sich 1990/91 von der Sowjetunion befreite.

Wenn das Memelgebiet nicht von 1923 bis 1939 zu Litauen, sondern zu Ostpreußen gehört hätte, dann wäre es wahrscheinlich Bestandteil des Königsberger Gebietes (Oblast Kaliningrad) geworden. Da die Republik Litauen, nicht aber das Königsberger Gebiet Mitglied der EU (Europäische Union) ist, würde es nicht die Fördergelder aus Brüssel - der Anteil Deutschlands liegt bei knapp 30% - erhalten. Die Erlebnisgeneration der Memelländer steht vor der Frage: Soll das ehemalige Memelgebiet zu Litauen oder als Bestandteil Ostpreußens zum Königsberger Gebiet gehören? Man kann vermuten, dass man Litauen bevorzugen würde.

Der Philosoph Friedrich Hegel (1790-1831) hat die These von der ‚List der Weltgeschichte‘ entwickelt. Hegel unterscheidet zwischen dem subjektiven und dem objektiven Geist. Die höchste Stufe des objektiven Geistes stellt die Weltgeschichte dar. Der Endzweck der Weltgeschichte ist die Versöhnung von Natur und Geist, dadurch wird ein ‚ewiger Friede‘ hergestellt, in dem alle Staaten ihre Erfüllung finden können. Vom Ende her kann die List der Weltgeschichte als Fortschritt begriffen werden. Wenn man diese Sentenz auf die deutsch-litauische Beziehungen überträgt, dann endeten die Querelen nicht mit der Rückgliederung 1939, sondern erst nach 1945 oder sogar erst nach 1990.

Der Völkerbund hat sich für den Schutz der Minderheiten eingesetzt, daher das Autonomiestatut. Dieser Minderheitenschutz war mit der Flucht eines Großteils der memelländischen Bevölkerung im Herbst 1944 und mit der Aussiedlung 1959/60¹¹⁴ obsolet geworden; denn nur ein kleiner Rest der ursprünglichen Bevölkerung ist im früheren Memelgebiet geblieben:

„Heute gibt es noch zehntausend Memelländer, in der alten Heimat. Ihre Litauisierung schritt jedoch rasch voran, Deutsch verlernten sie, auch das alte memelländische Litauisch verschwand zusehends. Die kleine Gruppe der Memelländer lebt in der inneren Emigration.“¹¹⁵

Aber seit 1993 gibt es in Memel das Hermann-Sudermann-Gymnasium und seit 1996 das Simon-Haus als deutsch-litauische Begegnungsstätte. Aus der Sicht von 1939 war - wie dargestellt - die deutsche Strategie erfolgreich, aus der Sicht des Jahres 2013 hat die ‚List der Weltgeschichte‘ obsiegt: Litauen hat nicht nur ihre alte Hauptstadt Vilnius wieder erlangt (allerdings sind 6,6% der Bevölkerung Litauens Polen), sondern auch das frühere Memelgebiet. Durch Flucht und Aussiedlung ist eine ethnische Säuberung erfolgt, es gibt keine namhafte deutsch-memelländische Minderheit und somit auch kein Autonomiestatut.

Die List der Weltgeschichte hat zu einer Befriedung geführt, allerdings zu einem hohen Preis an menschlichem Leid. Warum haben die Völker und die Staaten im letzten Jahrhundert nicht die Einsicht gehabt, Regelungen zu schaffen, um Volkstumskämpfe zu vermeiden? Muss die Weltgeschichte erst aus tragischen Fehlern lernen?

Während der Friedensverhandlungen am Ende des 30-jährigen Krieges beklagte sich der Sohn des schwedischen Reichskanzlers Axel Oxenstierna (1583-1654) über die mangelhaften Kenntnisse der Delegierten. Der Reichskanzler soll seinem Sohn geantwortet haben:

„An nescis, mi fili, quantilla prudentia mundus regatur?“

(Weißt du denn nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird?)

Seit 1648 dürfte sich das kaum geändert haben.

¹¹⁴ Kossert, S. 365. Auf Grund des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 8. Juni 1958 wurden bis 1969 insgesamt 6.156 Memelländer (davon 5.701 in die Bundesrepublik und nur 453 in die damalige DDR) ausgesiedelt.

¹¹⁵ Ebenda, S. 365.